

# Biographische Skizzen

Jens Becker und Harald Jentsch (Frankfurt a.M.)

## Heinrich Brandler - biographische Skizze 1924-1967

Nach dem Scheitern des „deutschen Oktober“ 1923 spitzten sich die Auseinandersetzungen innerhalb der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zu. Als „Sündenböcke“ für die „Oktoberniederlage“ fungierten dabei der Parteivorsitzende Heinrich Brandler und der Parteitheoretiker August Thalheimer. Schrittweise verloren beide ihre Funktionen.<sup>1</sup> Im April 1924 folgten sie, Brandler mit seiner Frau Gertrud, Thalheimer mit Frau und Kindern, der Aufforderung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) nach Moskau zu kommen. Obwohl ihnen die Annahme, Rußland auf unbestimmte Zeit nicht verlassen zu können, noch fern lag und obwohl kein formeller Beschluß irgendeiner Parteiinstanz vorlag, der sie verpflichtete, dort zu bleiben, fühlten sie sich zunehmend „kominterniert“<sup>2</sup>. Nach dem Ende des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (KI) 1924 wurde ihnen fortan die Ausreise verweigert.<sup>3</sup> Da gegen Thalheimer und Brandler deutsche Haftbefehle vorlagen, gab es zur Emigration zwar keine realistische Alternative, doch das enorme Maß an Willkür, dem beide ausgesetzt waren, warf ein beredtes Licht auf Defizite des innerparteilichen Regimes. Trotz heftigster Kritik an dieser Praxis waren beide lange Zeit bereit, sich den Beschlüssen des EKKI zu fügen. Viel mußte geschehen, ehe insbesondere bei Brandler der Geduldsfaden riß.

Untergebracht im legendären Hotel Lux, welches Brandler aus seiner Zeit als KPD-Bevollmächtigter beim EKKI noch bestens bekannt war, benutzte er - wie andere Politemigranten auch - wechselnde Decknamen.<sup>4</sup> Außerdem waren seine Bewohner, ohnehin oftmals auf Schritt und Tritt überwacht, einem rigiden Passierschein-System (russisch Pro-

---

1 Zur Entmachtung Brandlers vgl. Becker, Jens/Jentsch, Harald: Heinrich Brandler - biographische Skizze bis 1924, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1996, Berlin 1996, S. 291ff.

2 Nach Aussage von R. Wolfstein stammt dieses bittere Bonmot von August Thalheimer. Tjaden, K. H.: Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur Rechtsopposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Hannover 1983 (Nachdruck der Ausgabe von 1964), S. 45 (Anm. 53).

3 Vgl. Brandler-Polbüro RKP und KPD und das Präsidium des EKKI, 13.8.1928, in: SAPMO, BArch, I 2/3/67.

4 Personalakte Brandler, in: RCChIDNI, 495/205; Brandler nannte sich „Totila“.

pusk) unterworfen, wodurch beispielsweise alle Besuche registriert wurden. Trotz aller Widrigkeiten dürfte sich Brandler in dieser politikbesessenen Atmosphäre nicht unwohl gefühlt haben.<sup>5</sup> Da zunehmend die Gefahr bestand, sich von der deutschen Bewegung zu entfremden, nutzte er jede Gelegenheit, mit deutschen Genossen, die Moskau besuchten, ins Gespräch zu kommen.<sup>6</sup>

„Der größte Fehler, den Sie machen können, ist - wegen Ihres Sieges über Brandler den Kopf zu verlieren“<sup>7</sup>, ermahnte G. Sinowjew die neue KPD-Führung. R. Fischer, A. Maslow und E. Thälmann erwiesen sich, etwa mit ihrer Gewerkschaftspolitik, als unberechenbar, obgleich sie die Bolschewisierungsparolen<sup>8</sup> begeistert aufgriffen und umzusetzen suchten.<sup>9</sup> Brandler und Thalheimer wurden mehr und mehr zum Spielball der Apparate. Das EKKI benutzte beide als Druckmittel zur Disziplinierung der KPD-Führung, welche im Gegenzug den „Brandlerismus“ zum Hauptfeind der deutschen Partei erklärte. „Würde ich den Kampf beginnen“, so Brandler an Clara Zetkin, „wäre ich in drei Tagen ausgeschlossen. Ruth [Fischer], Maslow [...] arbeiten mit aller Kraft auf meinen Ausschluß hin. [...] Als Ausgeschlossener bin ich auch für die Reorganisation der Partei tot, wenn die Zeit und die Möglichkeit dafür gekommen ist. Mir bleibt also nichts übrig als mit offenem Auge, ohnmächtig daneben zu stehen und zu emigrieren“.<sup>10</sup>

Noch hegten Brandler und seine Anhänger die Hoffnung, mit sachlicher Arbeit die Partei für das eigene Projekt überzeugen zu können. Noch war die KI kein gleichgeschalteter Apparat und ihre Bolschewisierung nicht unumkehrbar, obgleich Beschlußlage und Atmosphäre des 5. Kongresses wenig Anlaß zum Optimismus gaben. Dort verwahrte sich Brandler energisch gegen den Vorwurf, die deutsche Revolution 1923 verraten und aus Feigheit nicht den Entscheidungskampf mit der Bourgeoisie gesucht zu haben. Ironisch betonte er, daß er sich durchaus schuldig bekenne, die Einheitsfrontthesen des 3. und 4. Weltkongresses „mit aller Kraft angewandt und durchgeführt zu haben“. Fehler seien viele gemacht worden, und zwar von allen. Es sei deshalb reine „Geschichtsklitterung“, ihn als Hauptverantwortlichen der „Oktoberniederlage“ abzustempeln.<sup>11</sup>

5 Der Genosse Genrich Jusefowitsch Brandler war mittlerweile mit Mitgliedsnummer 687179 in die Russische Kommunistische Partei (RKP) eingetreten. (Vgl. Personalakte Brandler) Was er empfand, als man ihm diesen Schritt nahelegte, blieb sein Geheimnis. Zumindest mußte er diesen Schritt nach rund 25jähriger Verwurzelung in der deutschen Arbeiterbewegung als Zäsur empfinden.

6 Deutscher, I.: Aufzeichnungen, in: Weber, Hermann (Hrsg.): Unabhängige Kommunisten. Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaac Deutscher 1949 bis 1967, Berlin 1981, S. 11.

7 G. Sinowjew an A. Maslow, E. Thälmann und R. Fischer, 7.3.1924, in: SAPMO, BArch, I 6/10/79.

8 „Bolschewisierung“, so Sinowjew, „ist der unbeugsame Wille zum Kampfe für die Hegemonie des Proletariats, ist der flammende Haß gegen die Bourgeoisie, gegen die konterrevolutionären Führer der Sozialdemokratie [...] und alle Auswüchse der bürgerlichen Ideologie. Bolschewisierung - das ist die Schaffung einer festgefügt, wie aus einem Stein gehauenen, zentralisierten Organisation, die harmonisch und brüderlich die Differenzen in ihren Reihen austrägt, wie es Lenin gelehrt hat. Bolschewismus ist Marxismus in Aktion, ist Treue gegenüber der Diktatur des Proletariats, den Ideen des Leninismus“ (Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1924, S. 508).

9 Vgl. insbes.: Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M., 1969, Bd. 1, S. 85ff.

10 H. Brandler an C. Zetkin, 24.2.1924, in: SAPMO/BArch, NL 5/103.

11 Protokoll. Fünfter Kongreß (Anm. 8), S. 219.

Wenig später stellte Thalheimer einen Zusammenhang zwischen der deutschen und russischen Parteikrise einerseits und dem Verlauf des Weltkongresses andererseits her: Das vermeintliche russische Erfolgsrezept, „direkte Leitung durch das Zentrum“, bringe unerfahrene, wortradikale Nachwuchskader, „unbeschriebene Blätter“, auf die man den „reinen kommunistischen oder bolschewistischen Text“ schreiben könne, zu Lasten erfahrener Kader in Führungsfunktionen, denen sie nicht gewachsen seien. Gerade dies gelte es zu verhindern, „sonst bekommen wir Phonographen oder Leierkasten, aber keine wirklichen Führer“. Dieser, vermutlich mit Brandler abgestimmte, unveröffentlicht gebliebene Artikel, wurde von der Fischer-Maslow-Führung zum Fraktionsmaterial erhoben und bildete einen der Hauptanklagepunkte im Parteiverfahren gegen Brandler, Radek und Thalheimer vor der Zentralen Kontrollkommission (ZKK) der RKP, welches im März 1925 stattfand.<sup>12</sup>

Daß sich ein größerer Kreis von KPD- und RKP-Mitgliedern unter Brandlers Führung fraktionell betätigt habe, konnten die KPD-Vertreter Iwan Katz und Heinz Neumann nicht nachweisen, auch wenn sie Treffen in Brandlers Wohnung, zur politischen Verschwörung umdeuteten. Erstmals wurden Methoden erprobt, wie Denunziation, Diffamierung des innerparteilichen Gegners, „Verhöre“ angeblicher Fraktionsmitglieder und Verletzung des Postgeheimnisses. Die vergleichsweise milden Parteistrafen „strenge Rügen“ und Verbot, sich innerhalb der KPD „in irgendwelcher Form“ zu betätigen, entsprachen nicht den Erwartungen der Initiatoren.

In der Wahl seiner Bündnispartner nicht eben wählerisch, bot Stalin sowohl der mittlerweile entmachteten Fischer als auch Brandler die Parteiführung an: „freie Hand in Deutschland“ gegen „bedingungslose Gefolgschaft für Stalin in russischen Fragen“.<sup>13</sup> Hervorzuheben gilt, daß Brandler zwar damals mit Stalins und Bucharins „Generallinie in den innerrussischen Fragen“ einverstanden war, es aber ablehnte, die Politik der KPD an den Fraktionskämpfen der RKP auszurichten.<sup>14</sup> Daher waren auch die Versuche Radeks, Sinowjews und Trotzki, Brandler und Thalheimer auf ihre Seite zu ziehen, zum Scheitern verurteilt.<sup>15</sup>

Da laut Beschluß der russischen ZKK Brandler eine direkte Beschäftigung innerhalb der KI untersagt war, mußte er seine Funktion als Leiter der Kooperativsektion aufgeben. Statt dessen wurde er vorübergehend in den Obersten Volkswirtschaftsrat der UdSSR berufen, wo er Einblicke in den schwierigen Aufbau der sowjetischen Wirtschaft bekam, die sein Sowjetunionbild nachhaltig prägten.

Obwohl sich auf dem 7. EKKI-Plenum (22.11.-16.12.1926) mit S. Losowski, E. Meyer und C. Zetkin prominente Redner für Brandler und Thalheimer stark machten, blieb die erhoffte Rehabilitierung aus. Lediglich die ZKK-Beschlüsse vom März 1925 wurden aufgehoben, da das EKKI feststellte, daß beide in den letzten eineinhalb Jahren keine Fraktions-

12 Thalheimer, August: Der V. Kongreß der KI und seine Ergebnisse, in: Becker, Jens/Bergmann, Theodor/Watlin, Alexander (Hrsg.): Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek, Mainz 1993, S. 43-62; Beschuldigungen und protokollierte Sitzungen vor der ZKK der RKP sind wiedergegeben in: ebd., S. 63-179.

13 Vgl. hierzu Der Internationale Klassenkampf (IK), hrsg. von der Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition (IVKO), 2. Jg., September 1937, S. 12.; Fischer, Ruth: Stalin und der deutsche Kommunismus, Berlin 1991, Bd. 2, S. 194.

14 IK, September 1937, S. 12.

15 H. Brandler an B. Granz, 13.11.1927, in: Weber, Unabhängige Kommunisten (Anm. 6), S. 259.

arbeit betrieben und sich entsprechend loyal verhalten hätten.<sup>16</sup> Einerseits wurde ihnen die Mitarbeit in der KPD wieder gestattet, andererseits behielt das Zentralkomitee (ZK) der KPD das letzte Wort über ihre Verwendung, so daß der inzwischen zum KPD-Vorsitzende aufgestiegene Thälmann bereits im Januar 1927 darauf drängte, diesen Beschluß ins Leere laufen zu lassen. Die an einem Kompromiß interessierten „Versöhnler“ Meyer und Gerhart (Eisler) setzten einen Zusatzantrag durch, der Brandler und Thalheimer wenigstens eine „literarische Mitarbeit unter Kontrolle des ZK“ ermöglichen sollte. Solange sie „ihre früheren Fehler nicht anerkannt haben“, blieben auch ihre Ausreisebemühungen vergeblich.<sup>17</sup> Statt dessen übertrug man Brandler 1927 mit der Leitung der Organisationsabteilung die angeblich verantwortungsvollste Funktion bei der Bauerninternationale (Kresintern).

Das von Vertretern der deutschen und der russischen Partei am 29. Februar 1928 ausgehandelte „Geheimabkommen“<sup>18</sup> legte fest, daß von den „Versöhnlern“ geforderte Reichstagskandidaturen für Brandler und Thalheimer unzweckmäßig seien und daß die „Duldsamkeit“ gegenüber „Trägern der rechten Gefahr“<sup>19</sup> zu Ende sei. Es gab den Parteiführungen freie Hand, gegen Kritiker vorzugehen. KI- und KPD-Führung verwarfen auch das System von Teil- und Übergangsforderungen (z.B. Produktionskontrolle), welches Brandler und seine Gefährten Anfang 1928 in ihrem „Aktionsprogramm“<sup>20</sup> der Parteibasis zur Diskussion vorlegten.<sup>21</sup>

Nachdem seiner Frau Gertrud 1927 und Thalheimer im Frühjahr 1928 die Ausreise gestattet worden war, blieb Brandler allein in Moskau zurück.<sup>22</sup> Persönliche und politische Schwierigkeiten vermischten sich. Die anhaltende Isolierung wurde zur nervlichen Zerreißprobe. Deshalb teilte er dem ZK der KPD mit, daß wegen des Dauervorwurfs, „Hauptrepräsentant des Opportunismus zu sein“, seine Autorität in der Kresintern leide und jede erfolgreiche Arbeit in ihr unmöglich mache. Er beanspruche keine Führungsposition in der KPD, verlange aber „kategorisch“ seine Ausreise nach Deutschland. Sollten die verantwortlichen Parteigremien weiterhin der Meinung sein, daß er unfähig sei, „als gewöhnliches Parteimit-

16 Vgl. Protokoll der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, November/Dezember 1926, S. 871.

17 Vgl. Protokoll der Sitzung des ZK der KPD vom 4.1.1927, in: SAPMO/BArch, I 2/3/7a.

18 Vgl. hierzu und dem folgenden: Tjaden (Anm. 2), S. 66f.; Weber, Wandlung (Anm. 9), Bd. 1, S. 19f. u. 188; Zum Kurswechsel in der KPD. Dokumente aus den Jahren 1927/1928 (eingel. von E. Lewerenz/E. Reuter, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 33 (1991), S. 771-788; u.a. das „Geheimabkommen“ als Dok. 4, S. 786f. Erstmals wurde das „Geheimabkommen“ 1968 veröffentlicht; Weber, Hermann: Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale. Dokumentation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 16 (1968), S. 207f.

19 Gemeint war neben Brandler und Thalheimer vor allem die von J. Walcher und A. Enderle geleitete Gewerkschaftsabteilung beim ZK der KPD.

20 Das von Brandler, Thalheimer und Leo (Borochowicz) erarbeitete Aktionsprogramm erschien ursprünglich in: Die Kommunistische Internationale, IX, 1 und 2, Hamburg/Berlin 1928, S. 32ff. und 75ff.; leichter zugänglich ist es über die Reprintausgabe der KPDO-Zeitung „Gegen den Strom“ (GdS-Reprint), Bd. 1, S. 17-37, Hamburg 1985; s. a. Kersten, M.: Die Beiträge deutscher Marxisten in der Programmdiskussion der Komintern, Mainz 1994, S. 66ff.

21 Vgl. hierzu auch den von A. Thalheimer verfaßten Gegenentwurf zu Bucharins programmatischen Thesen für den 6. Weltkongreß: Thalheimer, A.: Programmatische Fragen, Mainz 1993.

22 Vgl. hierzu: Kaderakte Gertrud Brandler, in: SAPMO/BArch, IV 2/11/3643.

glied im Lande zu leben, mit dessen revolutionärer Bewegung ich mit allen Fasern verwachsen bin, dann soll man mich ausschließen“.<sup>23</sup>

Im Sommer/Herbst 1928 mußte Brandler zur Kenntnis nehmen, daß Thälmann mit Billigung Stalins seine Rückkehr unterband.<sup>24</sup> Vor dem Hintergrund des ausufernden Korruptionsskandals in der KPD (Thälmann-Wittorf-Affäre) und eines ergebnislosen Vier-Augen-Gesprächs mit Stalin, der Thälmann stützte, entschloß sich Brandler aufs Ganze zu gehen. Nachdem ihm das Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) erneut einen Deutschland-Aufenthalt untersagte, verlangte Brandler ultimativ die Aushändigung seines Reisepasses samt gültiger Visa. Sollte dies nicht bis zum 18. Oktober 1928 geschehen, sehe er sich gezwungen, bei der deutschen Botschaft einen neuen Paß zu beantragen.<sup>25</sup> „Im Oktober“, schrieb Brandler an Zetkin, „werden es dreißig Jahre, daß ich politisch organisiert bin. Ich habe schon viel unangenehmes in meinem Leben tun und erdulden müssen. Der Gang zur deutschen Botschaft gegen die Behörden Sowjetrußlands ist ein schwerer Weg. Aber mir bleibt kein Ausweg, wenn ich nicht kapitulieren will. Und das will ich nicht mehr“.<sup>26</sup> Nach dieser Aktion kehrte er am 27. Oktober - nach mehr als vierjähriger Abwesenheit - nach Berlin zurück.<sup>27</sup>

Unterdessen hatte das ZK der KPD Thälmann abgesetzt. Nur durch die Autorität des EKKI und das persönliche Eingreifen Stalins konnte dieser seine Funktion als Parteivorsitzender behalten. Nachdem Stalin die „rechte Gefahr“ in KPdSU und KI öffentlich gegeißelt hatte,<sup>28</sup> konnten die Thälmann-Anhänger dazu übergehen, die im Geheimabkommen implizierten administrativen Maßnahmen gegen oppositionelle Parteimitglieder zu verwirklichen. Systematisch wurden Oppositionelle durch Parteigänger Thälmanns ersetzt. Da Brandler und viele seiner Gefolgsleute den Hamburger Korruptionsskandal weiterhin zum Anlaß nahmen, „die Krankheit aufzudecken, deren Auswirkung der Fall Thälmann-Wittorf ist“<sup>29</sup>, war die Eskalation vorprogrammiert. Ihre Forderungen - Wahrung der innerparteilichen Demokratie durch freie Diskussion, Wahl- bzw. Absetzbarkeit der Parteifunktionäre und „Säuberung der Partei von den entarteten und korrupten Elementen“ - hatten keine Durchsetzungschance.<sup>30</sup> Während viele „Versöhnler“ zum Einlenken bereit waren, begannen Brandler und seine Freunde im November 1928 eine breite Propagandatätigkeit an der Parteibasis. Mit einer reichsweiten Veranstaltungsserie, in der vor allem Brandler als Zugpferd diente, sollte das Terrain für eigenständige organisatorische Strukturen des deutschen Rechtskommunismus erkundet werden.<sup>31</sup> Darüber hinaus konnte man nur mit einigen regionalen Parteizeitungen und mit Flugblättern die Mitglieder erreichen. Vor al-

23 H. Brandler an Polbüro der RKP und der KPD, 13.8.1928, in: SAPMO/BArch, I 6/3/180.

24 Vgl. hierzu und dem folgenden den gegen die Stimme von A. Ewert angenommenen Antrag des Polbüros der KPD vom 24.8.1927, in: SAPMO/BArch, I 2/3/8b.

25 Brandler-Sekretariat Molotow, 13.10.28, in: SAPMO/BArch, NL 5/71.

26 Brandler-Zetkin, 14.10.1928, in: SAPMO, BArch I 2/5/19.

27 GdS-Reprint, 24.11.1928, S. 30.

28 Vgl. Stalin, J. W.: Über die rechte Gefahr in der KPdSU(B), in: Ders.: Fragen des Leninismus, Berlin 1955, S. 273.

29 Thalheimer, Walcher u.a. an das Exekutivkomitee der KI in Moskau, 18.10.1928, in: GdS-Reprint, Bd. 1, S. 39\*.

30 Zit. nach Weber, Wandlung (Anm. 9), Bd. 1, S. 207.

31 Zum Rechtskommunismus vgl. grundlegend: Ebd., Bd. I, S. 16f.; Tjaden (Anm. 2), S. 119f.

lem das von E. Hausen, später zusammen mit Brandler, Thalheimer und Walcher redigierte Breslauer Mitteilungsblatt der KPD *Gegen den Strom* avancierte in der Folgezeit zum wichtigsten Publikationsorgan der sich zur Jahreswende 1928/29 konstituierenden Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) (KPDO), die ihre Hochburgen in Berlin-Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Württemberg, Südhessen, Hamburg und im Ruhrgebiet hatte.<sup>32</sup>

Zumeist blieb die Opposition jedoch erfolglos. Ihre Forderung nach einer radikalen Aufklärung des Korruptionsskandals verhallte ebenso, wie der Verweis auf die Repressalien des Parteiapparates und die von Moskau diktierten Entscheidungen.<sup>33</sup> Für Brandler ging es um die Zukunftsfähigkeit der von ihm mitgegründeten Partei. Von Parteispaltung oder Gründung eines „neuen Spartakusbundes“, wie die KI-Propaganda suggerierte, war bei ihm keine Rede.<sup>34</sup> Sein Ziel bestand darin, die KPD zu erobern, sie umzugestalten und, wenn möglich, zugleich mit ihr die von den Russen dominierte KI umzuwandeln. Das konnte nur durch einen Kompromiß zwischen Mitgliedschaft und Führung gelingen. Deshalb verstand sich der harte Kern um Brandler und Thalheimer auch lediglich als „organisierte kommunistische Richtung“, die sich in Zielen und Grundsätzen nicht wesentlich vom offiziellen Parteikommunismus unterscheidet.<sup>35</sup>

Auf der 1. Reichskonferenz der KPDO wurde Brandler in die Reichsleitung (RL) gewählt.<sup>36</sup> Der Parteiausschluß im Januar 1929 markierte eine Zäsur in seiner politischen Biographie, vergleichbar mit dem Kriegsausbruch 1914, der daraus resultierenden Parteispaltung und der Absetzung als Parteivorsitzender 1924. Als allseits respektierter Koordinator trieb Brandler, der Ende 1929 J. Walcher als einzigen hauptamtlichen Sekretär der RL ablöste, die Arbeit der KPDO voran. In einem Büro in der Berliner Wilhelmstraße waren die RL, die Redaktionen von *Gegen den Strom* und *Arbeiterpolitik* sowie andere Nebenorganisationen untergebracht. Trotz großer Anstrengungen der ca. 3500 Mitglieder<sup>37</sup>, Einbehaltung der Mandatseinnahmen, Spenden von Sympathisanten und Genossenschaftsmodellen für den defizitären Zeitungsbetrieb, litt die KPDO unter chronischer Geldnot. Als Mitherausgeber von *Gegen den Strom*, dessen Stil das Gespann Brandler/Thalheimer „durch eine eigenartige Mischung von seriöser Sachlichkeit und handfester, wenngleich nicht primitiver Polemik“ prägte<sup>38</sup>, und Chef des kleinen Junius-Verlages tat Brandler al-

32 Vgl. Bergmann, Th.: „Gegen den Strom“. Die Geschichte der Kommunistischen Partei-Opposition, Hamburg 1987, S. 47.

33 Vgl. Mallmann, K.-M.: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 158ff. Deutlich wird, daß die vielzitierte Basis offenbar doch im Zweifelsfalle der Politik der herrschenden Parteibürokratie folgte.

34 Vgl. Offener Brief des EKKI an die KPD über die rechte Gefahr in der KPD, in: Imprekor, Nr. 142, 21.12.28, zit. n. GdS-Reprint, Bd. 1, S. 53\*ff.; auch: Thalheimer, A.: Um was geht es? Zur Krise der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine offene Rede zu einem offenen Brief, in: GdS-Reprint, Bd. 1, S. 68\*.

35 Vgl. Plattform der Kommunistischen Partei Deutschland (Opposition), Berlin 1930, S. 6; die Formulierung „organisierte kommunistische Richtung“ dürfte auf Thalheimer zurückgehen, der sie wohl erstmals in seinem Vortrag Um was geht es? (Anm. 34), S. 68\* verwandte.

36 Vgl. GdS-Reprint Bd. 1, 12.1.29, S. 131-132.

37 Vgl. Tjaden (Anm. 2), S. 120.

38 Ebd., S. 131.

les, was in seiner Macht stand, um die politische Arbeit der Gruppe voranzutreiben. Neben dem gewohnt hohen Arbeitspensum, das er für die 'Sache' zu leisten bereit war, verschuldete er sich tief bei Banken, damit durch Kredite die Verlagsarbeit fortgesetzt werden konnte.<sup>39</sup> Wie der Mensch Heinrich Brandler dieses nervenaufreibende Leben verkräftete, muß offen bleiben - die 1932 erfolgte Scheidung von seiner Frau Gertrud darf aber sicher als Tribut an sein rastloses Politikerleben interpretiert werden.<sup>40</sup>

Unbeirrbar hielt Brandler an seiner Strategie fest, mittels Einheitsfrontpolitik die Revolutionierung der Massen voranzutreiben. Zu schaffen machte ihm jedoch die krasse Ablehnung entsprechender KPDO-Initiativen durch die Führungen der anderen Arbeiterorganisationen. Geißelten KI- und KPD-Führung weiterhin den „Brandlerismus“ als ideologische Abweichung, diente die Personalisierung des Streits dazu, Brandler vor der KPD-Mitgliedschaft restlos abzuqualifizieren. Ähnlich wie L. Trotzki wurde Brandler zum bevorzugten Diffamierungsobjekt der stalinistischen Propagandamaschinerie. Zwar waren Brandlers Angriffe auf Thälmann, Neumann und andere prominente KPD-Führer polemisch und wenig schmeichelhaft für die Betroffenen. Doch die primitive Art und Weise, wie der KPD-Apparat zurückschlug, dürfte auch den hartgesottenen Brandler abgestoßen haben. Ein Beispiel: Statt auf die Argumentation eines Offenen Briefes der KPDO-Reichsleitung einzugehen, sah sich die stalinistische Propaganda genötigt, Brandler als „hoffnungslosen Opportunisten“ und „politischen Feigling“ zu bezeichnen, der von R. Luxemburg nur die schwachen Seiten übernommen und sich in der Vergangenheit schäbig verhalten habe. Die „Renegatenlogik“, womit die Bemühungen der KPDO um innerparteiliche Demokratie und Einheitsfront gemeint waren, sei ein „offen konterrevolutionärer Akt“, der den Sozialfaschisten in die Hände arbeite.<sup>41</sup> Auf diesem Niveau bewegte sich die Auseinandersetzung der Thälmann-Zentrale mit der Rechtsopposition, über deren Positionen keine inhaltliche Debatte stattfand - ein Faktum, das, wenn auch nuancierter, von der DDR-Historiographie insbesondere in der Ulbricht-Ära fortgesetzt wurde.<sup>42</sup>

Der gewalttätige Haß vieler linientreuer KPD-Funktionäre richtete sich offenbar mehr gegen die Brandlerianer und andere Kritiker aus dem kommunistischen Lager als gegen den eigentlichen Feind: die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP). Die KPDO-Presse berichtete von Absprachen zwischen sächsischen KPD- und NSDAP-Lokalpolitikern, die jeweiligen Veranstaltungen nicht zu stören.<sup>43</sup> Die Gewaltakte von KPD-Mitgliedern geben ein erschreckend klares Bild über den Verfall der politischen Kultur innerhalb der kommunistischen Bewegung ab.<sup>44</sup> Planmäßige „Banditenüberfälle“ auf Brandler, Walcher und dem Geschäftsführer der KPDO im Erzgebirge M. Vettermann im April 1929 verdeutlichen das. Auf einer Versammlung im sächsischen Hartha bekam Brandler

39 Bergmann, *Gegen den Strom* (Anm. 32), S. 196.

40 Die am 8.11.1917 in Chemnitz geschlossene Ehe zwischen Heinrich und Gertrud Brandler (geb. Seidel) wurde am 28.9.1932 rechtskräftig durch das Landgericht Berlin geschieden. (Vgl. Heiratsbuch des Standesamts Chemnitz I, Nr. 371).

41 Zit. n. GdS-Reprint, Bd. 2, 10.5.1930, S. 294.

42 Vgl. *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 4, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1966, S. 181ff.

43 Vgl. GdS-Reprint, Bd. 1, 4.5.1929, S. 374.

44 Vgl. allgemein Rosenhaft, E.: *Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933*, Cambridge 1983.

Schläge ab, wodurch seine Brillengläser in die Brüche gingen. Bereits im Vorfeld der Veranstaltung hatte das Organ der Chemnitzer KPD, der von Brandler mitgegründete „Kämpfer“, Brandler-Anhängern Prügel angedroht. Nachdem Geschäftsordnungsdebatten einen Leipziger Auftritt Brandlers vor rund 2000 Besuchern nicht verhindern konnten, warfen KPD-Mitglieder Bierkrüge in Richtung Podium. Um ihr Ziel, die Auflösung der Versammlung durch die Polizei, zu erreichen, nahmen sie billigend mehrere Schwerverletzte in Kauf, womit sie in die „engste Nachbarschaft der Faschisten“ gerieten.<sup>45</sup> Noch Jahre später erinnerte sich Brandler daran, wie er versuchte, die „Meute“ niederzuhalten, um wenigstens das Referat beenden zu können. „Naja“, sagte er bezüglich der Methoden der KPD-„Stoßtrupps“, „ihre Argumente waren eben der Gummiknüppel“.<sup>46</sup>

Zweifelsohne hofften Brandler und andere KPDO-Strategen mit dem Rekurs auf die Einheitsfrontstrategie der Komintern aus den frühen zwanziger Jahre, den Einfluß der KPDO auf die Arbeiterschaft vergrößern zu können. Sie erschien ihnen als geeignetes Mittel, sozialistische Theorie und Praxis miteinander in Einklang zu bringen und so jenes Vakuum zu füllen, das durch den defensiven Legalismus der SPD und den ultralinken Putschismus der KPD Anfang der dreißiger Jahre entstanden war. Erschwert wurde die praktische Umsetzung der Einheitsfront durch die Weltwirtschaftskrise, die, ausgelöst vom New Yorker Börsenkrach am 24. Oktober 1929, zur rasanten Verelendung großer Bevölkerungsteile, insbesondere der Arbeiterschaft führte. Die Unmöglichkeit, den Streik als Waffe zur Durchsetzung eigener Forderungen einzusetzen, die permanente Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und vor allem der zermürbende Kampf ums tägliche Überleben - all das trug nach Brandlers Beobachtungen dazu bei, ihre Kampfmentalität zu unterminieren.<sup>47</sup>

Die KPDO hoffte, mittels der Führung von Tageskämpfen in Verbindung mit revolutionärer Propaganda die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu steigern und langfristig für die Ziele des Kommunismus zu gewinnen.<sup>48</sup> Angestrebt wurde die Hegemonie sowohl im betrieblichen als auch im politisch-gesellschaftlichen Raum, wo Freie Gewerkschaften und SPD noch immer einen Kompetenzvorsprung bei der Lösung der Alltagsprobleme inne hatten. Der Kampf um die Einheitsfront war auch Bestandteil einer antifaschistischen Strategie, mit deren Hilfe die Rechtskommunisten den stärker werdenden Nationalsozialismus bekämpfen wollten. Von daher ist der Nexus von Einheitsfront, Gewerkschaftspolitik und Faschismusanalyse zu betonen.<sup>49</sup>

Brandler war klar, daß die Machtübernahme der NSDAP die Freisetzung einer ungeheuren Gewaltspirale bedeuteten würde. Drastisch hob er die Gefahren hervor, die der Arbeiterbewegung drohten, wenn die Staatsgewalt in die Hände der SA-Horde geriet. In einem „Arpo“-Artikel betonte er: „Der Faschismus bedeutet für die deutsche Arbeiterklasse Beseitigung aller Errungenschaften eines siebenzigjährigen schweren proletarischen Klassenkampfes. Der Sieg des Faschismus bedeutet [...] Rückfall in die Barbarei. [...] Einen anderen Ausweg wie die Erkämpfung der proletarischen Einheitsfront zum Widerstand gegen

45 GdS-Reprint, Bd. 1, 4.5.1929, S. 374.

46 Zit. n. Tjaden (Anm. 2), S. 91.

47 Vgl. Leitsätze zur politischen Lage, in: GdS, Bd. 3, 2.1.1932, S. 11.

48 Vgl. Plattform der KPDO (Anm. 35), S. 33f.

49 Vgl. Bergmann (Anm. 32), S. 84; Der Faschismus in Deutschland. Analysen und Berichte der KPDO-Operation 1928-1933, hrsg. u. eingel. v. d. Gruppe Arbeiterpolitik, o.O., 2. erw. Aufl. 1981.



die Kapitaloffensive und den drohenden Faschismus gibt es nicht mehr“.<sup>50</sup> Wer wie SPD und ADGB den Arbeitern einrede, den Sieg des Faschismus mit dem Stimmzettel verhindern zu können, betrüge sie. Wer dagegen wie KPD und KI undifferenziert von Sozialfaschismus spreche, die Gewerkschaften spalte und sinnlose Streiks provoziere, entmutige die Arbeiterschaft und verdamme den Abwehrkampf gegen den Faschismus zur Ohnmacht.<sup>51</sup>

Trotzdem gab es für Brandler in der Stunde der Not, in der die Arbeiterklasse kämpf- und orientierungslos zurückzuweichen drohte, zum Gebot der Zusammenarbeit keine Alternative. In einer Zeit des verschärften Klassenkampfes hoffte Brandler noch immer darauf, eine Art Runden Tisch organisieren zu können, an dem die zerstrittenen Arbeiterorganisationen ohne Vorbedingungen und über die Parteigrenzen hinweg über gemeinsame Aktionen nachdenken können. Am 1. Juni 1932 schrieb er an die Vorstände von Allgemeinem Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), KPD, SPD, Sozialistischer Arbeiterpartei (SAP) und Leninbund<sup>52</sup>: die KPDO fühle sich verpflichtet, ohne Vorbedingungen die Chancen für gemeinsame Abwehraktionen auszuloten, wenn dabei die Selbständigkeit der Aktion der Arbeiterklasse gewahrt bleibe. Unmittelbarer Anlaß dafür war der am Vortag erfolgte Sturz Brünnings und die sofortige Ernennung Papens zum Reichskanzler. Wie viele Einheitsfrontappelle der KPDO scheiterte auch dieser Vorstoß an Ignoranz und Mißtrauen.<sup>53</sup>

Trotz vieler Rückschläge widersprach es dem Selbstverständnis der KPDO-Mitglieder zu resignieren. Getragen von der Gewißheit, im Besitz der richtigen politischen Strategie zu sein, erhob Brandlers KPDO einen Führungsanspruch, den sie nicht einlösen konnte.

Unterschiedliche Formen politischen oder klassenmäßigen Bewußtseins waren für Brandler ein durch Erziehungs- und Agitationsarbeit lösbares Problem: „Wenn wir noch keine entscheidende Anziehungskraft auf breite Arbeitermassen ausüben vermögen, so deshalb, weil man trotz Einverständnis mit unserer richtigen Politik, uns noch für zu schwach hält, SPD und KPD zu ersetzen. [...] Diesen Irrtum gilt es durch verstärkte Propaganda unserer richtigen Politik zu bekämpfen“.<sup>54</sup>

Wolfgang Abendroths Feststellung, demzufolge dem KPDO-Funktionär „von Jahr zu Jahr bis zur totalen Kapitulation des bürgerlichen Obrigkeitsstaates vor dem Faschismus am 30. Januar 1933 klarer (wird), daß er sich zwar im Besitz einer richtigen politischen Analyse und Erkenntnis befindet, daß dies alles aber nicht weitergegeben und nicht vermit-

50 Brandler, H.: Unser Sieg! Trotz alledem! Kampfmai 1931, in: Arbeiterpolitik (Arpo), 1.5.1931.

51 Brandler, H.: Die kommunistische Opposition im Wahlkampf, in: GdS-Reprint, Bd. 2, 18.7.1930, S. 468.

52 Zu den genannten Organisationen vgl.: Drechsler, H.: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Hannover 1983; Zimmermann, R.: Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978.

53 Während z.B. ADGB-Chef Th. Leipart das Angebot der „Parteisplitter“ kalt ließ, er es aber wenigstens zur nächsten Sitzung des Bundesausschusses weiterleitete, hieß es dort, Brandlers Vorstoß sei eine Finte, um die Gewerkschaftsführer zu täuschen und bloßzustellen. (Vgl. Skrzypczak, H.: Kanzlerwechsel und Einheitsfront. Abwehrreaktionen der Arbeiterbewegung auf die Machtübergabe an Franz von Papen, in: IWK 4/82, S. 482-499, bes. S. 482f.)

54 Brandler, H.: Wo stehen wir?, in: Junge Kämpfer, Organ der KJV-Opposition, Nr. 5/1930, S. 56.

telt werden kann“, trifft wohl zu.<sup>55</sup> Die KPDO kam nicht einmal an die Masse jener 6000 ausgeschlossenen KPD-Mitglieder heran, die sich 1928/29 dem ultralinken Kurs der Thälmann-Zentrale widersetzten.<sup>56</sup> Ihre anhaltende Erfolglosigkeit bei Wahlen - in Sachsen, einer ihrer Hochburgen, sank der Stimmenanteil der KPDO bei den Landtagswahlen 1930 von 22 000 auf 15 000<sup>57</sup> - verblüffte und verärgerte Funktionäre und Mitglieder gleichermaßen. Die sich häufenden Durchhalteappelle der RL deuten auf die schwelende Organisationskrise hin. Einen vergleichsweise aufwendigen Wahlkampf mit eigenen Kandidaten, wie in Sachsen und Thüringen, den Brandler auf 150 000 bis 200 000 Reichsmark veranschlagte, konnte sich die KPDO nicht mehr leisten und beschloß, auf Betreiben Brandlers, bei Reichstagswahlen die kritische Unterstützung der KPD-Kandidaten.<sup>58</sup> Zudem bedrohten Preissteigerungen und die zunehmende Verarmung der Abonnenten die Existenz der KPDO-Presse. Brandler zufolge trug die Fragestellung, was sich die Gruppe zur Außendarstellung noch leisten könne, zur Zunahme der innerorganisatorischen Spannungen bei.<sup>59</sup>

Das künftige Verhältnis zur SPD-Linken löste eine Grundsatzdebatte über das weitere Selbstverständnis der KPDO aus. Immerhin handelte es sich bei der 25 000 Mitglieder zählenden SAP<sup>60</sup> um einen ernst zu nehmenden politischen Konkurrenten. Bislang hatte innerhalb der Gruppe Einigkeit darüber geherrscht, einen Zusammenschluß der diversen Splitter- und Oppositionsgruppen nur dann anzustreben, wenn sich diese dem Führungsanspruch der KPDO unterordneten. Angesichts der Meinungsvielfalt im linken Lager war dieses Hegemoniestreben provokativ. So wie Brandler in SPD-Linken wie K. Rosenfeld oder M. Seydewitz stets unsichere Kantonisten sah, weil sie trotz ihrer Kritik zu oft mit den „rechten“ Parteiführern Kompromisse eingegangen seien, sahen diese in der KPDO eine sture Kadergruppe, eine Miniaturausgabe der stalinistischen KPD, die oftmals penetrant auf ihrem Führungs- und Unfehlbarkeitsanspruch pochte. Auch L. Trotzki, 1929 aus der KPdSU ausgeschlossen und einer der schärfsten Kritiker der Sowjetbürokratie, trug dazu bei, Brandlers Reputation bei Teilen der kritischen Linken zu unterminieren.<sup>61</sup>

In der Auseinandersetzung stand eine von Brandler und Thalheimer geführte Mehrheitsgruppe einer Minderheitsgruppe um Frölich und Walcher gegenüber, welche die KPDO für verschiedene linke Strömungen zu öffnen bereit war, vorausgesetzt man einige sich auf eine an kommunistischen Grundsätzen orientierte Plattform. Sicher war die Wende bei der Minderheit auch von der Hoffnung getragen, mit einer neuen „revolutionären Massenpartei“ vermehrt Wählerinnen und Wähler anzusprechen.<sup>62</sup>

55 Abendroth, W.: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche aufgezeichnet und hrsg. v. B. Dietrich u. J. Perels, Frankfurt a.M. 1981, 3. Aufl., S. 125.

56 Ebd., S. 111.

57 Vgl. Bergmann, Gegen den Strom (Anm. 32), S. 88.

58 Brandler, Die kommunistische Opposition im Wahlkampf (Anm. 51), S. 468f.

59 Tjaden (Anm. 2), Bd. II, Anhang III, S. 183 (Anm. 298).

60 Vgl. Niemann, H. (Hrsg.): Auf verlorenem Posten. Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei, Berlin 1991, S. 132, sowie Drechsler (Anm. 52).

61 Vgl. Trotzki, L.: Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats (27.1.1932), in: ders.: Schriften über Deutschland, Bd. 1, hrsg. v. H. Dahmer u. E. Mandel, Frankfurt a.M. 1971, S. 273; ders.: Über Brandler und Thalheimer, in: ebd., Bd. 2, S. 742-749; Alles, Wolfgang: Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzlisten ab 1930, Köln 1994, 2. Aufl., S. 115-124.

62 Zit. n. Tjaden (Anm. 2), S. 252, 255.

Die Zusammenarbeit mit der SAP erschien Brandler wie politischer Selbstmord, denn jegliche Koketterie mit dem „zentristischen Sumpf“ würde Bemühungen zur Reformierung der KPD konterkarieren.<sup>63</sup> Revolutionäre Kaderorganisation oder revolutionäre Massenpartei, statutengerechte Anwendung des demokratischen Zentralismus oder Vergewaltigung der Minderheit - auf diesen Grundsatzstreit versteifte sich der Konflikt, dessen Töne zunehmend gereizter wurden. Obwohl der Minderheit auch die Presseorgane zur Publikation ihrer Auffassungen nutzen konnte, schuf Brandler bereits im Oktober 1931 Fakten: Mit deutlicher Mehrheit stimmten auf einer durch Bezirksvertreter erweiterten Sitzung der Reichsleitung seine Anhänger einer Resolution zu, in der die Liquidation der SAP gefordert wurde.<sup>64</sup> Als Berichterstatter der Reichsleitung und Versammlungsleiter der 4. Reichskonferenz brach Brandler im Dezember 1931 schließlich den Stab über die unterlegene Opposition. Seine Frage, ob sie bereit sei, die Beschlüsse der 4. Reichskonferenz nach „innen und nach außen“ zu vertreten, konnte die Opposition nur negieren, wollte sie nicht ihr politisches Rückgrat verlieren.<sup>65</sup> Die KPDO schrumpfte um ca. ein Drittel, als etwa 1000 Mitglieder dem Ruf der ausgeschlossenen Wortführer folgten, in die SAP einzutreten.<sup>66</sup> Von diesem intellektuellen wie organisatorischen Aderlaß hat sich die KPDO nie mehr richtig erholt.

Durch die bereits 1932 erfolgte Umstellung auf die Illegalität und die rechtzeitige Ausreise wichtiger Führungsmitglieder - Brandler verließ Deutschland im Februar 1933 - hatte die KPDO rechtzeitig Vorsorge getroffen, um nicht von der drohenden NS-Diktatur überumpelt und vollständig liquidiert zu werden.

Hingegen verbarg sich hinter der Revolutionsrhetorik der KPD eine konzeptlose Parteiführung, die, unzureichend auf die Illegalität vorbereitet, das organisatorische Desaster 1933 zu verantworten hatte.<sup>67</sup> Ähnlich desaströs erwies sich die Illusion vieler SPD- und ADGB-Funktionäre, man könne die eigenen Organisationen, wie zu Zeiten des Bismarckschen Sozialistengesetzes, durch geschicktes Taktieren und unauffälliges Auftreten retten.<sup>68</sup> Warnungen der KPDO vor der These, Deutschland sei nicht Italien, blieben unbeachtet, so daß die großen Arbeiterorganisationen das Ausmaß des NS-Terrors unterschätzten.<sup>69</sup>

Um den Fängen der Gestapo zu entgehen, griff die KPDO auf Lenins Konzeption einer Partei vorwiegend illegal arbeitender Berufsrevolutionäre zurück. Unter der „regelmäßigen und strengen Kontrolle [...] der illegalen Parteiorganisationen“ müßten Kommunisten die

---

63 GdS-Reprint, Bd. 2, 24.10.1931, S. 996.

64 Ebd., S. 1001.

65 GdS-Reprint, Bd. 3, 2.1.1932, S. 15.

66 Vgl. dazu Drechsler (Anm. 52), S. 202.

67 Vgl. Bahne, Siegfried: Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Matthias, E./Morsey, R. (Hrsg.): Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1979, S. 699ff. Vgl. auch: Wachtler, Johannes: Zwischen Revolutionserwartung und Untergang. Die Vorbereitung der KPD auf die Illegalität 1929-1933, Frankfurt a.M. 1983.

68 Solches Wunschdenken fand seinen Ausdruck in der Leiparts Formel "Organisation - nicht Demonstration ist die Parole der Stunde. Die Gewerkschaften haben Jahrzehnte hindurch in diesem Geiste gehandelt".

69 Vgl. Bergmann, Gegen den Strom (Anm. 32), S. 199.

verschiedensten Wege gehen, um in Betrieben, aber auch in halb- und illegalen Organisationen, Keimzellen für spätere Massenstreiks und -aufstände zu legen.<sup>70</sup>

Trotz vielfacher Repressalien verhiß die NS-Volksgemeinschaftsideologie auch der Arbeiterklasse neue Integrationsangebote. „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) und „Kraft durch Freude“ (KdF) übernahmen, wenngleich von autoritären Schranken des NS-Staates behindert, Aufgaben betrieblicher Interessenvertretung und organisierter Freizeitangebote. Insbesondere bei jüngeren Arbeitern stießen beide Organisationen auf eine gewisse Akzeptanz.<sup>71</sup> Da der nationalsozialistische Staat „eine besondere Mischung von Einheitlichkeit und Fragmentierung, von Kompetenzkonflikten und Reibungsverlusten einerseits, konzentrischem Durchgriff und machtsstaatlicher Potenz andererseits“ aufwies<sup>72</sup>, mußte ein realitätsnahes Widerstandskonzept dessen verschiedene Facetten erfassen.<sup>73</sup>

Am 4. März 1933 konstituierte sich mit Brandler, Leo und Thalheimer das Auslandskomitee (AK)<sup>74</sup>, welches der KPDO-Inlandsleitung, dem Berliner Komitee (BK), gleichgestellt war. Diese Sprechergruppe und ihr Umfeld redigierten neben der vierseitigen Tageszeitung der elsässischen KPO *Neue Welt* auch *Gegen den Strom* und publizierten Materialien der von Brandler 1930 mitbegründeten IVKO sowie Flugblätter für den Widerstand, um das Deutschlandbild der öffentlichen Meinung in den Zufluchtsstaaten zu beeinflussen.<sup>75</sup> Auf Dünndruckpapier fertiggestellte Publikationen ließ das AK über Kuriere nach Deutschland schaffen.<sup>76</sup> Der Bruch der IVKO mit der elsässischen KPO-Spitze, die es vorzog, mit bürgerlichen Parteien zu kooperieren, war unvermeidlich und deutete den späteren Volksfrontkonflikt mit KPD und KI an.<sup>77</sup> Im Sommer 1933 wurde den AK-Mitgliedern der Aufenthalt in Straßburg polizeilich verboten, weshalb sie nach Paris übersiedelten.<sup>78</sup>

Der Anspruch, als AK- und IVKO-Sprecher ernstgenommen zu werden, erweist sich als jener rote Faden, der Brandlers Tätigkeit 1933-1939 prägen sollte. Ein Machtmensch wie Brandler beanspruchte mehr, als nur unterstützende Funktionen für den inländischen Widerstand auszuüben. Flugschriften zu konzipieren, falsche Pässe zu organisieren oder mit anderen politischen Gruppierungen zu verhandeln, war das eine.<sup>79</sup> Das andere war der Führungsanspruch innerhalb der Gruppe. Anhand von Brandlers Pariser Exiljahren läßt

70 GdS-Reprint, Bd. 3, Mai 1933, S. 383.

71 Zollitsch, W.: Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus, Göttingen 1990, S. 242.

72 Fritzsche, K.: Faschismustheorie. Konzeptionen, Kontroversen und Perspektiven, in: Neumann, F. (Hrsg.): Handbuch politische Theorien und Ideologien, Bd. 1, Opladen 1995, S. 272.

73 So hieß es in *Gegen den Strom*, zu führende Teilkämpfe „müssen an jedem Konflikt aller Schichten und Klassen mit der faschistischen Diktatur anknüpfen. Die Tagesforderungen müssen der mannigfaltigsten Art sein. Sie müssen an lokale Ereignisse [...] anknüpfen.“ (GdS-Reprint, Bd. 3, Mai 1933, S. 383).

74 H. Brandler an W. Abendroth, 2.12.1955, in: Privataarchiv J. Becker.

75 Steinbach, P.: Widerstand gegen den Nationalsozialismus aus dem Exil? Zur politischen und räumlichen Struktur der deutschen Emigration 1933-45, in *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* (GWU), H. 10/1990, S. 592.

76 Zit. n. Bergmann, *Gegen den Strom* (Anm. 32), S. 253.

77 Mayer, H.: *Deutscher auf Widerruf*, Bd. 1, Frankfurt a.M. o.J., S. 169ff.

78 Tjaden (Anm. 2), S. 323ff.

79 Vgl. Westblock-Ostblock. Welt- und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer. Erweitert durch Briefe und Dokumente. Hrsg. u. eingel. von der Gruppe Arbeiterpolitik 1992, o.O., S. 26, FN 12.

sich zeigen, daß das AK seine Vormachtstellung gegenüber anderen Führungsgremien auszubauen suchte. Die bei vielen Oppositionsgruppen auftretende „Verlagerung der Initiative ‘von innen’ in das sich auffächernde Exil (war) weniger das Resultat einer geplanten Verlegung“.<sup>80</sup> Vielmehr handelte es sich um einen Reflex auf die zugespitzten innenpolitischen Verhältnisse im ‘Dritten Reich’. Außerdem hing dieser Verlagerungsprozeß eng mit der politischen und militärischen Entwicklung in Europa (z.B. Volksfrontpolitik, spanischer Bürgerkrieg, Moskauer Prozesse oder Vormarsch des Faschismus) zusammen.

Bis zur Auflösung der IVKO im Jahre 1938 erhielt Brandler ein bescheidenes Salär für seine Tätigkeit im Engeren Büro, wobei der Hauptanteil der geringen Mittel für Porto, Kurierspesen und Herausgabe illegaler Drucksachen Verwendung fand.<sup>81</sup> Nach dem Ende der IVKO sprang, was Brandler und Thalheimer betraf, offensichtlich das *Comite d'Assistance aux Refugies* ein, welches mit dem gewerkschaftsnahen *American Joint*, einem der größten privaten Flüchtlingswerke, kooperierte.<sup>82</sup> In Paris bewohnte Brandler ein Zimmer im Dachgeschoß eines Mietshauses, von dem er eine gute Aussicht auf den Zoologischen Garten hatte. Da Brandler „bis spät in die Nacht hinein arbeitete und Besuche empfing, stand er spät morgens auf. Die vielen nächtlichen Besuche waren der Grund, warum ihm später gekündigt wurde. Dem Hausbesitzer war er als verdächtige Person erschienen“.<sup>83</sup>

Das von den französischen Kommunisten und Sozialisten getragene Volksfrontprojekt, das eine Zusammenarbeit mit anderen antifaschistischen Parteien einschloß, leitete eine Wende der KI ein.<sup>84</sup> Nach internen Reibereien zog die KPD, die bereits 1934 von der wahnhaften Sozialfaschismusthese abgerückt war, wenig später nach.<sup>85</sup>

Für Brandler und die KPDO bedeutete dieser Strategiewandel eine ungeheure Herausforderung. Die Illusion einer „einheitlichen Kommunistischen Partei, die sowohl ultralinke wie zentristisch-opportunistische Schlacken“ loswerde, korrespondierte mit dem Irrglauben, die KPD lasse sich zurückerobern. Deswegen lehnte Brandler Bestrebungen innerhalb der IVKO brüsk ab, an einer von der SAP und anderen linkssozialistischen Parteien organisierten internationalen Konferenz teilzunehmen.<sup>86</sup> Bereits im Mai 1933 opponierte Brandler gegen entsprechende Pläne Walchers, IVKO, Trotzlisten und andere linke Kleinorganisationen an einen Tisch zu bringen. Entschieden wandte er sich gegen dessen These, die

80 Steinbach (Anm. 75), S. 600.

81 H. Brandler an W. Abendroth, 2.12.1955.

82 Um in Frankreich überleben zu können, wichen viele Emigranten in die Schattenwirtschaft aus. Im Großraum Paris machten die Behörden legale Beschäftigungsmöglichkeiten für Ausländer nahezu unmöglich. Überdies wären ohne Unterstützung von Hilfsorganisationen etliche Flüchtlinge kaum über die Runden gekommen. Vgl. Fabian, R./Coulmas, C.: Die deutsche Emigration in Frankreich nach 1933, München 1978.

83 Gräff, E.: Meine Jahre in Deutschland. Ms., in: ABA, Arkiv 224, Kass. 2, S. 166.

84 Vgl. dazu GdS-Reprint, Bd. 3, 1934, S. 468.

85 Vgl. die Diskussion innerhalb der KPD in: Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.-15. Oktober 1935), hrsg. u. eing. v. K. Mammach, Berlin 1975. Vgl. jetzt auch Protokoll der „Brüsseler Konferenz“ der KPD 1935, München 1997; siehe die Rezension in diesem Jahrbuch.

86 Buschak, W.: Das Londoner Büro. Europäische Linkssozialisten in der Zwischenkriegszeit, Amsterdam 1959, S. 83ff.

Bürokraten der KPD seien die „Totengräber des Kommunismus“.<sup>87</sup> Des weiteren polemisierte er gegen Trotzki's Diktum, KPD- und KI-Führung hätten nach Hitlers Machtübernahme genauso versagt wie SPD- und Gewerkschaftsführung am 4. August 1914.<sup>88</sup> Für KPDO und IVKO kam Brandler nur eine Fall-zu-Fall-Zusammenarbeit mit anderen Splittergruppen in Frage.<sup>89</sup>

Wegen des partiellen Abrückens von ihren ultralinken Beschlüssen ihres 6. Kongresses wurden im Vorfeld des 7. Kongresses der KI an der KPDO-Basis Stimmen laut, welche die Trennung der Parteiopposition von der KI rückgängig machen wollten.<sup>90</sup> Auf ihrer 1. Illegalen Auslandskonferenz im April 1934 holte sich die KPDO-Führung daher von den Delegierten ein zweifaches Mandat: Zum einen ließ sie sich die Losung von der Vereinigung aller kommunistischen Kräfte bestätigen, zum anderen den Vorschlag an das EKKI, IVKO-Vertreter mit beratender Stimme am 7. Kongreß der KI teilnehmen zu lassen.<sup>91</sup> Obwohl sich das EKKI weigerte, diesem Ansinnen stattzugeben, entschloß sich Brandler im September 1934, mit der KPD-Führung zu verhandeln. Wahrscheinlich durchschaute er zu diesem Zeitpunkt noch nicht das Doppelspiel von KI- und KPD-Spitze, einerseits der KPDO zu attestieren, sie stünde partiell auf dem Boden der kommunistischen Grundsätze, müßte aber ihre Beschlüsse revidieren und die der KI anerkennen<sup>92</sup>; andererseits sich an einzelne KPDO-Mitglieder oder Lokalorganisationen zu wenden, um mit diesen über Rückkehrmöglichkeiten zu diskutieren. Vor diesem Hintergrund fand das erste Pariser Gespräch mit Brandler statt, zu dem dieser vom EKKI am 7. September 1934 eingeladen worden war.<sup>93</sup> Man wolle nicht von Partei zu Partei verhandeln, sondern ein Gespräch unter Genossen führen, eröffnete Brandler den KPD-Vertretern F. Dahlem und F. Schulte. Die KPDO habe nur aufgrund taktischer Differenzen sechs Jahre die ultralinke Parteilinie bekämpft. Weder fand Brandlers Vorschlag, eine gemeinsame Führung zu bilden, Anklang, noch herrschte

87 Protokoll der Besprechung mit den KPO-Vertretern (Brandler, Thalheimer, Hausen, Kress, Bräuning und Bolze) in Straßburg, 19.5.33 (vermutlich vom anwesenden Walcher als Gedächtnisprotokoll verfaßt), in: AdS, SAP-Archiv, Mappe 10, S. 1.

88 Ebd., S. 3.

89 Seine Versuche, während eines Skandinavien-Aufenthalts den Streit über den richtigen Weg zur Sammlung der diversen Splittergruppen zu entschärfen, hinterließen einen zwiespältigen Eindruck. Einerseits suggerierte er, die SAP, „der Abfall der deutschen Arbeiterbewegung“, sei am Ende und eine Vereinigung mit ihr komme für die KPDO nicht in Frage. Andererseits behauptete er wiederum, eine engere Zusammenarbeit mit ihr sei wegen technischer Schwierigkeiten, die sich aus der Illegalität ergäben, nicht möglich. W. Brandts Eindruck, die IVKO befinde sich in der Defensive und Brandler laviere, scheint durchaus berechtigt. (W. Brandt an J. Walcher, 13.10.1933, in: AdS, SAP-Archiv, Mappe 208). Demgegenüber vermutete Walcher, mit dem rigiden Abgrenzungskurs der IVKO wolle Brandler „Gnade vor Stalins Augen finden“ und verzichte daher auf eine echte Zusammenarbeit mit linkssozialistischen Parteien, in: Rundschreiben Nr. 6 der SAP-Auslands-Zentralstelle vom 29.10.1933.

90 Vgl. Tjaden (Anm. 2), S. 324.

91 GdS-Reprint, Bd. 3, 1934, S. 458.

92 Vgl. die KI-Positionen zusammenfassend: Griepenburg, G.: Der Widerstandskampf der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) gegen das Dritte Reich 1933 bis 1936, Magisterarbeit, Marburg o.J. (1965?), S. 37.

93 Bericht über die Verhandlungen mit Brandler, in: SAPMO/BArch, I 2/3/411, Bl. 47; ohne vorherige Rücksprache erschien Brandler in Begleitung Thalheimers.

Einigkeit darüber, ob die von den beiden ZK-Vertretern gewünschten Aktionsgemeinschaften zwischen KPDO und KPD in Deutschland geschaffen werden sollten.<sup>94</sup>

Nachdem die Volksfrontbeschlüsse für Ernüchterung gesorgt hatten, begannen stalinistische *Agents provocateurs* die KPDO zu zerstören, indem sie das BK „durch falsche Informationen über einen angeblich erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen zur Auflösung ihrer Organisation und zum geschlossenen Übertritt in die KPD zu überreden“ suchten.<sup>95</sup> Das Maß war voll, als zwei ehemalige KPDO-Mitglieder das AK in einem Offenen Brief beschuldigten, die historische Notwendigkeit einer unkomplizierten und dringend notwendigen Vereinigung mit der KPD zu sabotieren.<sup>96</sup> Am 15. Oktober 1935 beschloß das AK, die Hauptverantwortlichen W. Kress, A. Schreiner und E. Adam auszuschließen.<sup>97</sup>

Ablehnend stand das AK der KPDO dem Volksfrontausschuß<sup>98</sup> gegenüber, in dem Vertreter von KPD und SAP mitarbeiteten. Dort diskutierte Verfassungsentwürfe liberaler Intellektueller wie G. Bernhard und L. Schwarzschild wurden vom AK ebenso verworfen, wie die Ergebnisse der Pariser Konferenz, auf der die KPD-Vertreter offenbar ein Bündnis mit der liberalen Bourgeoisie anstrebten.<sup>99</sup> Die damit verbundene Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie und die „Hintanstellung der gegen das Kapital gerichteten Klassenforderungen des Proletariats und der nichtproletarischen Werktätigen in Stadt und Land“<sup>100</sup> offenbare, „wie tief die Leitung der KPD im Sumpfe des Opportunismus steckt“.<sup>101</sup> Ein Verzicht der Kommunisten auf die führende Rolle im antifaschistischen Kampf war für die KPDO-Führung untragbar<sup>102</sup>, nicht ahnend, daß es noch schlimmer kommen sollte.

Schätzungsweise zwanzig KPDO- und dreißig SAP-Mitglieder kämpften auf Seiten der POUM-Milizen im Spanischen Bürgerkrieg (1936-39).<sup>103</sup> Aus ihren Berichten, und durch eine Spanienreise Thalheimers<sup>104</sup>, erfuhr Brandler von der sich abzeichnenden Tragödie. Der beginnende Bruderkampf innerhalb des heterogenen Zweckbündnisses zur Verteidi-

94 Ohne formelle Garantien bargen gemeinsame Organisationsformen für die KPDO die Gefahr, von der wesentlich größeren KPD vereinnahmt zu werden.

95 Bergmann, *Gegen den Strom* (Anm. 32), S. 222.

96 Griepenburg (Anm. 92), S. 44; vgl. auch Foitzik, Jan: *Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933-1939/40*, Bonn 1986, S. 64ff.

97 AK-Sitzung vom 15.10.1935; Rundschreiben des AK zu den Zersetzungsmanövern, 16.11.1935, S. 1, in: ABA, NL Boserup und Heuke.

98 Vgl. Langkau-Alex, U.: *Volksfront für Deutschland*, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1977.

99 Materialien zur Volksfront. Eine Denkschrift des AK der KPO, o.D. (Januar 1936), heft., 23 S., in: IISG, LA 433; Die Volksfrontpolitik der KPD, in: *Internationaler Klassenkampf (IK)*, hrsg. von der IVKO, April 1936, S. 7.

100 Materialien zur Volksfront, S. 397.

101 IK, April 1936, S. 7.

102 Ebd.

103 Von zur Mühlen, P: *Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg*, Bonn 1985, S. 64; zur POUM (Partido Obrero de Unificación Marxista) vgl. Tosstorff, R.: „Ein Moskauer Prozeß in Barcelona“. Die Verfolgung der POUM und ihre internationale Bedeutung, in: Weber, H./Staritz, D. (Hrsg.): *Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und 'Säuberungen' in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren*, Berlin 1993, S. 193-216.

104 Thalheimer, A.: *Notes on a Stay in Catalonia*, in: *The Spanish Civil War. The View From The Left, Revolutionary History*, Vol. 4, (1992), S. 268-283.

gung der spanischen Republik und die militärische Überlegenheit der von Deutschland und Italien unterstützten Franco-Armee ließen den Republikanern auf Dauer keine Chance. Der stalinistische Vernichtungsfeldzug gegen die POUM war für Brandler und Thalheimer konterrevolutionär und ein weiterer Beweis für den Bankrott der Volksfrontpolitik. „Die Lasten des Bürgerkrieges können entweder von der proletarischen Diktatur auf den Großgrundbesitz, den Klerus und die Bourgeoisie abgewälzt werden, oder sie werden mit den Mitteln der brutalsten faschistischen Diktatur aus den spanischen Werktätigen herausgepreßt. Ein Mittelding, einen anderen Ausweg, gibt es nicht“.<sup>105</sup>

Als ideologische Rechtfertigung zur Liquidierung der POUM diente die vor allem von der Spanischen Kommunistischen Partei verbreitete These vom „Nazi-Trotzkismus“<sup>106</sup>, wonach die POUM als fünfte Kolonne der Faschisten die Verteidigungsfähigkeit der republikanischen Armee zersetze. Solche Methoden, die mit der Ermordung zahlreicher POUM-Aktivisten einhergingen, raubten Brandler die letzten Illusionen. Noch Jahre später geißelte er Stalins Spanienpolitik als „Verrat an der kommunistischen Fahne“, weil dieser mit der Losung „Verteidigung der Republik“ das revolutionäre Feuer des spanischen Proletariats bremste und sabotierte.<sup>107</sup>

Lange negierte Brandler verschiedene Initiativen des linken Exils, gemeinsam gegen die Moskauer Schauprozesse zu protestieren.<sup>108</sup> Für ihn stand fest, daß „die Trotzki-Sinowjew-Opposition, nachdem sie die Massenbasis verloren hatte, Terrorakte gegen ihren verhaßten Widersacher, Stalin und andere Führer, [organisierte]. Nach der revolutionären Sowjetgesetzgebung [...] sind sie schuldig und die [Todes-]Strafe ist gesetzlich“.<sup>109</sup> Die unter Folter erzwungenen Geständnisse, die Unwahrscheinlichkeit der zur Last gelegten Taten und die faktische Liquidierung bekannter Revolutionäre rationalisierte er mit dem Blickwinkel des Berufsrevolutionärs, wonach der Zweck die Mittel heilige, zu: „Ich glaube, daß mit diesem Prozeß der zwölfjährige prinzipienlose Kampf von Sinowjew-Trotzki um die Führung in der KPdSU nach dem Tode Lenins abgeschlossen ist. Ich hätte trotz aller Gegnerschaft den Leuten einen besseren Abgang gewünscht“.<sup>110</sup>

Der Trugschluß, die Sowjetmacht sei „auch in jener Periode als bahnbrechende Kraft bei der Verwirklichung des Humanismus“ an vorderster Stelle und müsse vor ihren Feinden geschützt werden<sup>111</sup>, und Brandlers Hang zur Nichteinmischung in die sowjetische Innenpolitik ließen ihn zu einem Apologeten des ersten Moskauer Prozesses wurde. Erst als die Hexenjagd unzählige Kommunisten, darunter Bucharin und andere befreundete Rechtskommunisten erfaßte, wuchsen bei Brandler die Zweifel. Zwanzig Jahre Sowjetunion und kein Grund zum Feiern, bilanzierte die IVKO-Führung im Dezember 1937, um dann zu dem vernichtenden Urteil zu kommen: „Kein noch so lautes Ergebenheitsgeheul der diver-

105 IK, September 1937, S. 5.

106 Von zur Mühlen (Anm. 103), S. 80.

107 H. Brandler an N.N., 15.5.1945, in: ABA, Arkiv 224, Kass. 2 (NL Gräff), S. 3.

108 Vgl. IK, Juni 1937, S. 12.

109 N.N. (H. Brandler), Randbemerkungen zum Moskauer Prozeß, in: IK, Nr. 4, November 1936, S. 9; die Autorschaft Brandlers belegen zwei Briefe H. Brandler an A. Futran, 10.9.1936 u.o.D. (wahrscheinlich November 1936), in: Privataarchiv Th. Bergmann.

110 H. Brandler an A. Futran, 10.9.1936.

111 Ruge, W.: Stalinismus - Versuch einer Begriffsbestimmung: in: Neugebauer, W. (Hrsg.): Von der Utopie zum Terror. Stalinismusanalysen, Wien 1994, S. 12.



sen, im Dienste Stalins und seiner Clique stehenden Apparate kann darüber hinweg täuschen, daß noch nie, seit es eine selbständige Arbeiterbewegung gibt, dem Glauben der Proletariermassen an die proletarische Revolution und den Sozialismus so schwere Schläge versetzt worden sind wie durch Stalin und die Seinen. An ihrem 20. Geburtstag liefert die SU das tragische Bild der Schändung und des Mißbrauchs der proletarischen Diktatur durch eine Bürokratenclique, die im Lande selbst die persönliche Diktatur ihres Anführers durch eine blutige Verfolgung von Abertausenden von Kommunisten zu befestigen sucht und die in den anderen Ländern Lakaiendienste für die imperialistische Bourgeoisie der demokratischen Länder leistet, wobei sie in Spanien die Rolle des Schlächters der proletarischen Revolution übernimmt, die die Ebert und Noske einst in Deutschland gespielt haben. Wer heute wirklich dem Kommunismus und den wahren Interessen der SU dienen will, der hat die Pflicht, laut zu erklären, daß sich die Wege der Stalinclique und die aller wirklichen Kommunisten [...] innerhalb und außerhalb der Sowjetunion getrennt haben“.<sup>112</sup>

Ende der dreißiger Jahre befand sich die KPDO, wie nahezu die gesamte europäische Arbeiterbewegung, in einer Niedergangphase. Die Auflösung des Londoner Büros, Koordinierungsstelle der linkssozialistischen Splittergruppen, und die Auflösung der IVKO waren beredete Beispiele.<sup>113</sup> Brandlers 1939 auf der Februarkonferenz der „Internationalen Front gegen den Krieg“ geäußerte These, wonach die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung defätistisch eingestellt sei und ein Teil von ihr Sabotageakte gegen die deutschen Kriegsvorbereitungen unternahme, klang wirklichkeitsfremd und war Ausdruck von Fehleinschätzungen, denen viele Emigranten unterlagen.<sup>114</sup> Abgesehen von der Unzufriedenheit wegen des enormen Arbeitsdrucks gab es in der Bevölkerung angesichts der außenpolitischen Erfolge eher einen „passiven Grundkonsens mit dem Regime“. Und es gab nicht wenige Arbeiter, die nach dem Hitler-Stalin-Pakt im August und nach Kriegsausbruch im September 1939 Hitlers Kriegspolitik unterstützten.<sup>115</sup> Auch Brandler befürwortete den Nichtangriffspakt. Nachdem sich wegen der Stellung der KPDO zum Krieg das AK in eine Mehrheits- (Brandler und Thalheimer) und Minderheitsfraktion (Leo) spaltete und die 25- bis 30köpfige Pariser KPDO-Gruppe in zwei Lager zerfiel, löste sich der organisierte Rechtskommunismus auf.<sup>116</sup>

Im September 1939 wurden Brandler und Thalheimer interniert.<sup>117</sup> Ein ärztliches Attest ermöglichte es dem rückenkranken Brandler, am 14. Oktober mit der Auflage freizukommen, „sich in seine Privatwohnung zu begeben, wo er sich zur Verfügung der Polizei halten muß“.<sup>118</sup> Zwar bestätigte ihm eine Nachuntersuchung am 5. April 1940, zur Internierung untauglich zu sein, schützte ihn aber nicht vor einer weiteren Verhaftung.<sup>119</sup> Am

112 IK, Dezember 1937, S. 6f.

113 Vgl. Buschak (Anm. 86), S. 277ff.

114 Brandler, H. („Gen. Roth“): Krieg und Gewerkschaften. Rede des Vertreters der KPDO auf der Februarkonferenz der „Internationalen Front gegen den Krieg“, Paris 1939, in: ABA, NL Heucke; die kritische Sicht Buschaks (Anm. 86), S. 305.

115 Vgl. Carsten, F.: Widerstand gegen Hitler, S. 116, 177ff.

116 IK, Juni 1939, S. 5.

117 Mündlicher Bericht R. Zollmann, Niederschrift, 21.10.1962, in: Privatarchiv J. Becker.

118 Übersetzte Kopie der Bescheinigung des Chefarztes des Krankenhauses „Ambroise Pare“, Boulange, 14.10.1939, in: ABA, Arkiv 141 (NL Brandler).

119 Die Untersuchung erfolgte im Pariser „Centre Roland-Garros“, s. übersetzte Bescheinigung, in: ebd.

20. Juni 1940, wenige Tage nach dem deutsch-französischen Waffenstillstand, wurde Brandler erneut entlassen.<sup>120</sup> Um einer Verhaftung durch die Wehrmacht zu entgehen, floh er zu befreundeten Genossen nach Südfrankreich.<sup>121</sup> Anstelle des beantragten USA-Visums erhielten Brandler und die Thalheimers eine Einreiseerlaubnis für Kuba. Am 9. September schifften sie sich in Lissabon nach Havanna ein, wo sie am 21. des selben Monats eintrafen.<sup>122</sup> Nach einem neuntägigem Zwangsaufenthalt im Internierungslager verhalf ihm Boris Goldenberg in Havanna zu einem Zimmer.<sup>123</sup> Die materielle Hilfe des *American Joint* reichte nur für das Existenzminimum. Nach Abzug der Miete blieben Brandler noch 13 US-Dollar zum Leben - angesichts seines medizinisch zu behandelnden Rückenleidens ein geringer Betrag.<sup>124</sup> Ohne ständige Bittgesuche bei Hilfsorganisationen und deren Unterstützung wäre das Leben noch schwieriger geworden. „Faktisch“, berichtete A. Maslow R. Fischer, „geht er nicht aus seinem Zimmer, da er nach zehn Minuten auf den Beinen sich irgendwo setzen muß und wirklich kein Geld hat: Sein Abendbrot, das er vor mir aß, waren drei Bananen“.<sup>125</sup>

Trotz widriger Arbeitsbedingungen und ungewohnter tropischer Hitze versuchte Brandler seine Memoiren zu beginnen, was allerdings mangels Quellen in den Bibliotheken scheiterte: „Es kommt kein System in meine Arbeit, wenn ich alles aus dem hohlen Bauch machen muß“.<sup>126</sup> Mit der persönlichen Stabilisierung, die von literarischen und militärpolitischen Studien in der Nationalbibliothek und der Suche nach Veröffentlichungsmöglichkeiten begleitet wurde<sup>127</sup>, erfolgte der Aufbau sozialer Kontakte. Dazu zählte vor allem eine umfangreiche Korrespondenz mit Freunden und Genossen in aller Welt. Vermutlich waren die „ZK-Sitzung[en]“ der „KPO-Weltleitung“<sup>128</sup> für Brandler und Thalhei-

120 Übersetzte Kopie der Entlassungsbescheinigung des Hauptmanns Cardineau vom 20.6.1940, in: ebd.

121 Eidesstattliche Erklärung der Eheleute Philipp und Toni Pless, 17.7.1950, in: ABA, Arkiv 144 (NL Brandler).

122 H. Brandler an A. Futran, 6.2.1944, in: ebd.

123 H. Brandler an D. Nichtenhauser, 7.10.1941, in: AsD, NL Buttinger.

124 Vgl. H. Brandler an N.N., 4.2.1942, in: Privatarchiv Th. Bergmann.

125 A. Maslow an R. Fischer, 11.10.1941, in: Fischer, R./Maslow, A.: *Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils*, hrsg. u. eingel. v. Peter Lübke, München, Oldenburg 1990, S. 124.

126 H. Brandler an D. Nichtenhauser, 24.7.1942, in: AsD, NL Buttinger.

127 Offenbar stand Brandler mit Dwight Macdonald, Mitherausgeber der *Partisan Review* und Mitarbeiter der Zeitung *The New Yorker*, in Kontakt, welcher der trotzkistischen Socialist Workers Party nahestand. (Vgl. Anm. 125, S. 646) Brandler erwähnte, daß er Macdonald einen militärpolitischen Artikel „zur Begutachtung“ geschickt habe und zwei weitere folgen würden. (H. Brandler an N.N., 17.12.1941, in: AdS, NL Buttinger) Ob sie oder andere Artikel von ihm dort veröffentlicht wurden, konnte nicht nachgeprüft werden. Brandler selbst erwähnte später, einen Artikel (Irish Letter), der nicht unter seinem Namen im *Partisan Review* (Juli-Ausgabe 1942) erschienen sei. (H. Brandler an E. Futran, 9.10.47, in: ABA, Arkiv 141, Kass. 1 NL Brandler) Brandler stand auch in Verbindung mit dem ehemaligen Trotzkisten V. Serge, der sich anscheinend bemühte, Sachen von ihm in der amerikanischen Presse unterzubringen. Weitere nicht näher genannte Veröffentlichungsvorhaben, die nicht unter seinem Namen erscheinen sollten, werden erwähnt in: H. Brandler an N.N., 17.11.1941, in: AdS, NL Buttinger.

128 So der SAP-Aktivist Fritz Lamm in seiner Privatkorrespondenz. Zit. n. Brunner, D.: *Fritz Lamm - Exil in Kuba*, in: Grebing, H./Wickert, Chr. (Hrsg.): *Das „andere Deutschland“ im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Essen 1994, S. 157.

mer die einzige Möglichkeit, sich auszutauschen. Beide hatten mit der hiesigen Emigrantenszene wenig am Hut und standen insbesondere dem von G. Caden gegründeten „Komitee deutscher Antifaschisten in Kuba“, dessen nationalpatriotische Grundsatzsentenz sie an die Volksfrontkonzeption erinnerte, offenbar ablehnend gegenüber.<sup>129</sup> Außer Thalheimer blieben Brandler nur wenige Gesprächspartner. Engen Kontakt pflegte Brandler offenbar bis zu dessen plötzlichem Tod im November 1941 mit A. Maslow.<sup>130</sup>

Im Oktober 1944 prophezeite Brandler: „Deutschland ist überreif für die sozialistische Revolution. Alle Elemente, die 1918/19 fehlten oder sie hemmten, sind durch die Weimar- und Hitler-Periode und den Krieg einerseits beseitigt, andererseits herangereift. Hindern kann man die deutsche Revolution nach dem Sturz Hitlers nur durch Einwirkung von außen, d.h. durch die Herrschaft kapitalistischer Besatzungsarmeen, mit oder ohne Hilfe von Puppenregierungen, die von fremden Besatzungstruppen gestützt werden“.<sup>131</sup> Statt sich von Hitler selbst zu befreien, bedurfte die deutsche Arbeiterklasse jedoch der Hilfe von außen. Brandler führte das unter anderem auf das Fehlen eines „führenden Kerns, der fähig ist, die Massen zum Kampf vorzubereiten und gegen die schwankende herrschende Klasse zu führen“, sowie das Ausbleiben einer zündenden Parole, wie es die Losung der sozialistischen Revolution hätte sein können, zurück. Solche Hindernisse ließen Aufstandsversuche, wie den 20. Juli 1944, sinnlos erscheinen.<sup>132</sup> Daneben kettete laut Brandler die völlig verfehlte und antirevolutionäre Kriegszielpolitik der Alliierten - bedingungslose Kapitulation, Kollektivschuldthese, Zerstückelung Deutschlands - die Bevölkerung an das NS-Regime. Insbesondere dem amerikanischen und britischen Imperialismus ginge es

129 Vgl. hierzu von zur Mühlen, P.: Fluchtziel Lateinamerika. Die deutsche Emigration 1933-1945. Politische Aktivitäten und soziokulturelle Integration, Bonn 1988, S. 264; auch Brunner (Anm. 128), S. 159. Beide Autoren stützen sich in ihrer Beurteilung auf einen Artikel Cadens in der BzG, Nr. 5/1963, S. 933-941, der angesichts seiner ideologischen Prädisposition mit Vorsicht zu behandeln ist. So soll sich eine „kleine Gruppe Trotzisten“ um Brandler und Thalheimer geschart und die Aktivitäten des Komitees kritisiert haben (Anm. 128, S. 159). Tatsächlich trafen sich Brandler und Thalheimer mit A. Grylewicz und andere Trotzisten oder SAP-Leuten. (Vgl. A. Grylewicz an R. Fischer, 20.11.1945, in: Anm. 125, S. 185.) Dennoch ist fraglich, ob sich Brandler, die Denunziationspraxis der Stalinisten im allgemeinen und ihre Kontakte zur kubanischen KP im besonderen vor Augen, wirklich der Gefahr einer öffentlichen Stellungnahme aussetzte. So etwas konnte jederzeit als offiziell verbotene politische Aktivität gewertet und an den kubanischen Staatsapparat weitergeleitet werden. Zudem hatte Brandler das Schicksal Maslows hautnah mitbekommen. - Vgl. zu Brandlers Verhältnis zur Emigrantenszene auch: H. Brandler an E. Futran, 8.6.1944, in: ABA, Arkiv 144 (NL Brandler).

130 Zu Maslows Tod siehe Anm. 125, besonders Einleitung, S. 17-25. Das medizinische Gutachten, demzufolge es sich bei Maslow mit einer Hirnblutung „anscheinend um einen natürlichen Tod“ handelte, wollte Fremdeinwirkung aber nicht ganz ausschließen. (ebd., S. 22). R. Fischer zufolge hatte Maslow keinerlei körperliche Beschwerden, war weder deprimiert noch hatte er irgendwelche unsoliden Lebensgewohnheiten (Maslows Leiche wurde im Vergnügungsviertel von Havanna entdeckt). (Vgl. R. Fischer an H. Brandler, 2.12.1941, in: ebd., S. 147) Auch Brandler bestätigte, Maslow mache einen vitalen Eindruck und sehe aus wie das „ewige Leben“. (ebd., S. 145).

131 H. Brandler an N.N., 1.10.1944, in: Thalheimer, A.: Westblock-Ostblock. Welt- und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Internationale Übersichten 1945-48, erweitert durch Briefe und Dokumente, hrsg. und eingel. von der Gruppe Arbeiterpolitik, o.O., 1992, S. 35.

132 H. Brandler an N.N., 15.5.1945, S. 2, in: ABA, Arkiv 224, Kass. 2, (NL Gräf).

vorrangig um die Vernichtung des deutschen Konkurrenten.<sup>133</sup> Skeptisch stand Brandler auch der machtzentrierten Politik Stalins gegenüber, dem er - nach den Erfahrungen in Spanien - zu Recht unterstellte, an einer selbständigen revolutionären Bewegung in Deutschland kein wirkliches Interesse zu haben.<sup>134</sup>

Mit den von Thalheimer verfaßten und von Brandler redigierten „Internationale[n] monatliche[n] Übersichten 1945-48“ hofften beide, größere Teile der Arbeiterschaft ansprechen und unter dem revolutionären Banner vereinigen zu können.<sup>135</sup> Da Brandler dem Stalinismus in seiner damals bestehenden Form und der Sozialdemokratie grundsätzlich die Fähigkeit dazu absprach, verwies er selbstbewußt auf die historische Leistung der KPDO: „Wir haben [gegen die Bolschewisierung - d.V.] gekämpft und sind deshalb ausgeschlossen worden - und, um auf dem Boden der kommunistischen Grundsätze weiterkämpfen zu können, haben wir uns selbständig organisiert. Unsere Gruppe ist von Hitler vernichtet worden wie die KP. Aber was nicht vernichtet werden konnte, ist unsere kritische Arbeit. Auf sachkundige konkrete Kritik werden wir uns noch eine ganze Weile beschränken müssen. Aber das wird ein solides Fundament abgeben für die neue KP“.<sup>136</sup>

133 Vgl. ebd.

134 H. Brandler an N.N., 12.3.1945, in: ebd.

135 Ohne Zweifel erkannten die ehemaligen KPDO-Kader die politisch-theoretische Führungsrolle Brandlers und Thalheimers an. Trotz späterer Avancen seitens der SED kam für beide der Eintritt in KPD oder SED nur dann in Frage, wenn alle Beschuldigungen aus der Vergangenheit widerrufen würden und mit einer öffentlichen Rehabilitierung verbunden wären. Hielt er es 1946 zumindest für denkbar, daß von der SED aufgestellte Minimalprogramm (Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des ZK und des Parteivorstandes, Bd. 1, Berlin 1952, S. 5-10; zur Geschichte der SED: Malycha, A.: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Berlin 1996) hinsichtlich seiner - zu modifizierenden - Anwendung auf die Westsektoren zu diskutieren (H. Brandler an N.N., 7.12.1946), stellte er 1949 ernüchtert fest, die SED sei bereits „vernutzt“, weil sie als willfähriger „Handlanger“ der sowjetischen Besatzungspolitik den Haß der Arbeitermassen auf sich ziehe (H. Brandler an I. Deutscher, 8.6.1949, in: Weber, Unabhängige Kommunisten [Anm. 6], S. 17). - Später, im November 1956, sollte Brandler berichten, schon zweimal von einem in Ost-Berlin tätigen ehemaligen KPDO-Genossen besucht worden zu sein. Dessen Aufforderung, zur Aussprache in die DDR zu kommen, stand Brandler skeptisch gegenüber. „Ich habe zur Bedingung gemacht, erst öffentliche Zurücknahme der Anschuldigung, daß ich amerikanischer Agent sei“ (H. Brandler an M. Boserup, 17.11.56). Offenbar befürwortete die vom selben Emissär aufgesuchte Berliner Arpo-Gruppe eine solche Aussprache, denn Brandler schrieb an Boserup: „Unsere Berliner Genossen werden von Wunschträumen genarrt und sehen mich [...] schon im ZK. Ja, wenn wir eine Kraft in der DDR oder hier wären. Aber wir sind keine“ (ebd.). Boserup warnte Brandler davor, sich „in eine zweideutige Situation hineinmanövrieren“ zu lassen. Ferner solle er auf seine persönliche Sicherheit achten. Angesichts der bei der Entführung des ungarischen Ministerpräsidenten Imre Nagy sichtbar gewordenen Praktiken der stalinistischen Geheimdienste, war das eine plausible Warnung. (M. Boserup an H. Brandler, 23.11.1956) Gegenüber der Berliner Arpo-Gruppe stellte Brandler klar: „Macht von Euch aus keine Anstalten, wenn [SED-Emissäre - d.V.] zu Euch kommen, hört was sie sagen und sagt: Ihr habt keine weiteren Vollmachten in meinem Namen. Wenn sie etwas von mir wollen, sollen sie zu mir kommen. Habt keine Angst, daß sie mich hier stehlen oder umbringen. Für dieses Gemüse ist zur Zeit keine Saison. Wir werden schon mit ihnen fertig.“ (H. Brandler an N.N., 19.11.56, Anlage zum Boserup-Brief, 17.11.1956); der gesamte Briefwechsel, in: ABA, Arkiv 147, Kass.4, (NL. Boserup).

136 H. Brandler an N.N., 16.3.1945, in: ABA, Arkiv 224, Kass. 2, (NL Gräff).

Nach Kriegsende intensivierte Brandler seine Bemühungen, mehr über das Schicksal seiner Genossen zu erfahren.<sup>137</sup> Mit dem dänischen Marxisten M. Boserup, der die KPDO-Emigranten materiell unterstützte, hatte er in Europa einen wichtigen Berichterstatter, zumal dieser Anfang 1946 eine Rundreise durch die Westzonen einschließlich Westberlin durchführte, die er auch zur Kontaktaufnahme mit alten Mitstreitern Brandlers nutzte.<sup>138</sup> Boserups Bericht war aufschlußreich. Viele der aufgesuchten ehemaligen KPDO-Mitglieder waren der KPD, nur einige wenige der SPD beigetreten, viele arbeiteten in Gewerkschaftsgremien mit, einige hatten auch behördliche Funktionen inne. In einigen Städten existierten mehr oder weniger aktive Gruppen, in denen ehemalige KPDO-Mitglieder den Ton angaben. Zum einen konstituierten sie sich als selbständige Freundeskreise, zum anderen als parteiinterne Gruppen, die sich trafen, ohne jedoch eine eigene Plattform zu haben. Insgesamt, so Boserup, seien sie „furchtbar abgeschnitten [...] und haben die größten Schwierigkeiten, um miteinander in Verbindung zu kommen - auch innerhalb derselben Zone“.<sup>139</sup> Eines der kursierende Gerüchte besagte, Brandler und Thalheimer hätten von Moskau aus die jetzige KPD-Politik mitkonzipiert. Diese Annahme, geschürt vor allem durch die Revision der Sozialfaschismusthese und der Politik der Gewerkschaftsspaltung, bewog viele Brandlerianer zum Eintritt in die KPD, welche genau die von der KPDO immer geforderte Politik zu machen schien.<sup>140</sup> Aufgrund von Boserups Bericht plädierte Brandler für den Aufbau eines Kurier- und Informationsdienstes als ersten Schritt auf dem Wege zu neuen Organisationsstrukturen. Da sich die Anfragen von Genossen an ihn häuften, wurde der kubanische Zwangsaufenthalt immer unerträglicher.<sup>141</sup>

Kritisch stand Brandler der sowjetischen Raub- und Reparationspolitik jener Jahre gegenüber, obgleich diese dazu diente, die zerstörte Sowjetunion schnellstmöglich wieder aufzubauen. Zusammen mit Thalheimer problematisierte er den Interessengegensatz zwischen der sowjetischen Besatzungspolitik und den Überlebensinteressen der deutschen Werktätigen.<sup>142</sup>

Da ihm die Besatzungsbehörden die direkte Rückkehr nach Deutschland verweigerten, mußte Brandler das Kunststück fertigbringen, das Einreisevisum eines europäischen Staates zu bekommen. Die in Aussicht gestellte Einreiseerlaubnis nach Frankreich wurde ihm

---

137 Vgl. M. Boserup an H. Brandler, 22.2.1946, in: ABA, Arkiv 147, Kass. 4 (NL Boserup).

138 Vgl. ebd. (Nachtrag).

139 M. Boserup an H. Brandler, 11.7.1946, S. 1, in: ebd.

140 Ebd., S. 2.

141 Vgl. H. Brandler an W. Rahm, 15.6.1946, in: ABA, Arkiv 147, Kass. 4 (NL Boserup).

142 Vgl. hierzu H. Brandler an W. Rahm, 15.6.1946; H. Brandler an N.N., 10.6.1946; H. Brandler an N.N., 7.12.1946; H. Brandler an K. und E. Grönsfelder, 29.1.1947, in: ebd. Daß die Arbeiter die sowjetische Besatzungspolitik mehr oder weniger passiv hinnahmen, lag laut Brandler nicht nur an der „Furcht vor barbarischen Unterdrückungsmaßnahmen“, sondern auch daran, daß „Teile der Arbeiter auf die S.U. glauben Rücksicht nehmen zu müssen. Denen gelte es klar zu machen, daß der schärfste Kampf gegen barbarische Handlungen und Ausraubungen nicht gegen die Interessen der S.U. als nichtkapitalistische oder sozialistische Macht richten, sondern nur gegen Barbarei und Plünderungen, gegen Annexionen und Vergewaltigungen nationaler Selbständigkeit“. (H. Brandler an N.N., o.D. [April 1947], in: ABA, NL Boserup.)

im April 1947 verweigert.<sup>143</sup> Brandler setzte das „Betteln um Visa“<sup>144</sup> und der ständige Zwang, Geldmittel aufzutreiben, psychisch zu: „Daß ich auf meine alten Tage so schnorren muß, ist bitter, aber soll ich mich aufhängen, wo ich doch noch ein bißchen helfen könnte?“<sup>145</sup> Mit Hilfe des einflußreichen Labourpolitikers H. J. Laski und des Linkssozialisten F. Brockway erhielt Brandler im Herbst 1947 ein Besuchervisum, womit er am 26. September nach Großbritannien einreisen konnte. Ohne engeren Kontakt zur englischen Arbeiterbewegung stürzte er sich auf das reiche Material der Londoner Bibliotheken, um seine „Erinnerungen an fünfzig Jahre deutscher Arbeiterbewegung“ niederzuschreiben<sup>146</sup>: „In Kuba mußte ich die Zeit mit Belletristik totschiagen, hier arbeite ich vierzehn Stunden und sie reichen nicht“.<sup>147</sup> Weiterhin schrieb Brandler Artikel für die „Übersichten“ und die seit 1948 erscheinende *Arbeiterpolitik* (Arpo)<sup>148</sup>, das Organ der gleichnamigen Gruppe. Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, daß Brandler die Arbeit an den eigenen Lebenserinnerungen lediglich als Ersatz für die verlorengegangene politische Aktivitäten betrachtete.

Einen schweren Schlag versetzte Brandler der unerwartete Tod von A. Thalheimer, der am 20. September 1948 in Havanna einen Herzinfarkt erlitt. Die tröstenden Worte von Bertha Thalheimer-Schöttle, der Schwester des Verstorbenen, zu der Brandler auch in den Folgejahren engen Kontakt halten sollte, verdeutlichen die langjährige Freundschaft der beiden Altrevolutionäre: „Es ist mir auch klar, was Du an August verloren hast, ihr Unzertrennlichen. Ihr ergänzt einander so glücklich“.<sup>149</sup> Mit Thalheimers Ableben fehlte ihm der wichtigste Gesprächspartner für theoretische Fragen, so daß ihm in den Folgejahren mitunter gravierende Fehlteile zu wichtigen politischen Problemen unterliefen.

Im Frühjahr 1949 gelang Brandler endlich die Rückkehr nach Deutschland. Am 9. Mai kam er in Hamburg an, wo er vom Ehepaar Ruhnau ein eigenes Zimmer zur Verfügung gestellt bekam.<sup>150</sup> M. Boserup sorgte bis zur Klärung von Brandlers Rentenansprüchen im April 1951 für dessen Unterhalt.<sup>151</sup> Bereits Anfang Juni 1949 unternahm Brandler seine erste Reise, um Arpo-Gruppen in Solingen, Frankfurt/Main, Nürnberg und Stuttgart zu besuchen. Trotz der Wiedersehensfreude übersah Brandler nicht, daß viele Genossen „starr in ihrem Denken stecken geblieben sind. Auch, daß sie sich fast durchgängig nicht ganz klar

143 Vgl. H. Brandler an M. Boserup, 1.3.1947, 15.3.1947, 30.3.1947, 7.4.1947, 12.4.1947; M. Boserup an H. J. Laski, 17.6.1947, in: ABA, Arkiv 147, Kass. 4 (NL Boserup).

144 H. Brandler an M. Boserup, 19.6.1947, in: ebd.

145 H. Brandler an M. Boserup, 17.5.1947, in: ebd.

146 M. Boserup an H. J. Laski, 17.6.1947; Secretary for Foreign Affairs an H. J. Laski, 8.7.1947; H. Brandler an E. Futran, 9.10.1947, 12.3.1948, in: ABA, Arkiv 144, Kass. 1 (NL Brandler); M. Boserup an H. Brandler, 28.7.1947, H. Brandler an M. Boserup, 25.8.1947, in: ABA, Arkiv 147, Kass. 4 (NL Boserup).

147 H. Brandler an M. Boserup, o.D. (Januar 1948), in: ebd.

148 Vgl. zur Entstehungsgeschichte: Wittemann, K. P.: *Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945. Der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik. Darstellung ihrer grundlegenden politischen Auffassungen und ihrer Entwicklung zwischen 1945 und 1952*, Hannover 1977, S. 168ff.

149 B. Thalheimer an H. Brandler, 3.10.1948, in: *Arbeiterpolitik November 1948-Juli 1950*, Reprint, eingel. u. hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, o.O., 1975, S. XXVf.

150 H. Brandler an M. Boserup, 10.5.1949, in: ABA, Arkiv 147, Kass. 4 (NL Boserup).

151 Vgl. Bescheid der Hansestadt Hamburg vom 8.12.1950, in: ABA, Arkiv 144, Kass. 21 (NL Brandler); H. Brandler an M. Boserup, o.D. (April 1951) u. o.D. (Mai 1951), in: ABA, Arkiv 147, Kass. 4 (NL Boserup).

gemacht haben, daß man nicht mit alten Methoden heute unter ganz veränderten Voraussetzungen wieder anfangen kann“.<sup>152</sup>

Zwischen 1948 und 1950 steigerte Brandler seine, bereits in den dreißiger Jahren mit Thalheimer begonnene Arbeit<sup>153</sup> über die Entwicklung in der Sowjetunion. Wichtiger war ihm jedoch das Fortbestehen der Arpo. „Wenn wir die Redaktion schaffen könnten“, hoffte Brandler, der selbst viele Artikel beisteuerte, „wäre das der Kern der künftigen Leitung. Das Ziel meiner Rückkehr wäre dann erreicht, ich könnte ruhig abkratzen“.<sup>154</sup> Doch unterschiedliche Auffassungen zu verschiedenen politischen Ereignissen verschärften innerhalb der Redaktion die Spannungen. Hierbei ging es beispielsweise um die „Berliner Revolte“ vom 17. Juni 1953, in der Brandler, anders als I. Deutscher, keinen konterrevolutionären Akt sah, sondern eine „spontane unorganisierte Erhebung“ der Arbeiter gegen die „Mißwirtschaft der SED-Bürokraten und die Übertragung russischer Methoden und Ausplünderung durch Reparationen“, die ein „Hemmnis für die [...] Entwicklung zum Sozialismus“ darstellten<sup>155</sup>; um die Entwicklung in Ungarn und Polen, die er lediglich unter dem Aspekt der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den einander feindlich gegenüberstehenden Blöcken interpretierte und nicht als Versuche einer Loslösung von stalinistischen Prinzipien sowie um den XX. Parteitag der KPdSU, dem er wegen der durchgängigen Bürokratisierung der sowjetischen Gesellschaft kaum Erneuerungschancen zubilligte. Dazu kamen persönliche Animositäten innerhalb der Arpo-Redaktion. Ziemlich verbittert kommentierte Brandler am 16. Juli 1956 die gravierenden Differenzen innerhalb der Gruppe Arbeiterpolitik, die er mit seinem Rückzug aus der Redaktion und der laufenden politischen Arbeit verband: Seinen Versuch, eine qualifizierte Kadergruppe zu schaffen, betrachtete er als gescheitert: „Es war nicht möglich, ein halbes Dutzend zur politischen und organisatorischen Leitung fähige Genossen zu finden. Deshalb war es auch nicht möglich, aus den fortgeschrittensten Menschen 2-3000 Kader zu bilden. Was wir jetzt als sogenannte Gruppe Arbeiterpolitik haben, ist keine organisierte kommunistische Richtung, denn sie hat keine Leitung“.<sup>156</sup> Der eskalierende Streit zwischen Brandler und seinem ehemaligen Schüler R. Hanke - Th. Bergmann verließ bereits 1952 die Redaktion der Arpo - endete mit der Spaltung der Gruppe in zwei Lager, wobei Brandler die Minderheit repräsentierte.<sup>157</sup> All das verhinderte die Erfüllung des späten Lebensstraums des alternden Revolutionärs und führte Ende 1959 gar zur Einstellung der Zeitung.

Anders als Hanke sah Brandler in der Ablösung der teilweise völlig diskreditierten stalinistischen Führungskader kein Allheilmittel. Die „Beseitigung der Ulbrichte“ ändere nichts, solange der Sozialismus keine reale Massenbasis habe, was von der Demokratisie-

152 H. Brandler an M. Boserup, o.D. (Juni 1949), ABA (NL Boserup); vgl. auch: H. Brandler an I. Deutscher, 8.6.1949, in: Weber, Unabhängige Kommunisten (Anm. 6), S. 16.

153 Zur Krise in der Sowjetunion, hrsg. vom Büro der IVKO, Juni/Juli 1937, Wolfisheim 1937; Thalheimer, A.: Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion. Die Sowjetunion von heute und die sozialistische Revolution in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, o.O. o.J.; Brandler, H.: Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (1950), hrsg. u. eingel. von der Gruppe Arbeiterpolitik, o.O. 1982.

154 H. Brandler an M. Boserup, o.D. (April 1951), in: ABA, Arkiv 147, Kass. 4 (NL Boserup).

155 H. Brandler an I. Deutscher, 1.8.1953, in: Weber, Unabhängige (Anm. 6), S. 97f., S. 100.

156 H. Brandler an M. Boserup, 16.7.1956, in: ebd., S. 237.

157 H. Brandler an I. Deutscher, 29.4.1956, 30.11.1956, 31.3.1957, in: ebd., S. 148ff., 157f., 162ff.

rung des Systems abhinge.<sup>158</sup> „Die S.U.“, bilanzierte Brandler die machtpolitischen Realitäten „ist in den Satellitenländern nicht, um dort den Sozialismus einzuführen, sondern nur dort, um das eroberte Gebiet nicht den Westmächten zufallen zu lassen. Die sogenannten ‘sozialistischen Errungenschaften’ sind solange nichts anderes als Angliederung an die politische und wirtschaftliche Grundlage der S.U. als die Massen dieser Gebiete sich nicht ihrer bemächtigen“.<sup>159</sup>

Angesichts der vorherrschenden Kräftekonstellationen gab es jedoch für Brandler zum sowjetischen „Sozialismus in Barbarengestalt“<sup>160</sup> keine Alternative. „Trotz aller Barbarei der Stalinschen Periode; sie war das Durchgangsstadium zur Überwindung der Rückständigkeit“<sup>161</sup> - von dieser Formel rückte er Zeit seines Lebens nicht mehr ab. Doch sollte man sich davor hüten, nicht auch die andere Seite in Brandlers Sowjetbild zu beachten. Der „sogenannte Marxismus von heute“, schrieb er 1946, habe mit Marx’ und Engels’ Konzeption nichts gemein. Der siegreiche Stalinismus sei lediglich „eine Karrikatur auf Marxens dialektischen Materialismus“.<sup>162</sup>

Neben den für die Gruppe Arbeiterpolitik wichtigen Themen, Verhältnis zur Sowjetunion und zum Realsozialismus überhaupt, ging es in den Diskussionen im wesentlichen um die Frage, wie der Einfluß kritischer Marxisten auf die Arbeiterschaft im Westen vergrößert werden könne. Brandler wollte sich offenbar nicht damit abfinden, daß „Wirtschaftswunder“ und Sozialpartnerschaft von einem Großteil der Arbeiterklasse längst akzeptiert wurden. Ihre „Verbürgerlichung“, die man auch als Integration in das System bezeichnen kann, war ihm genauso zuwider, wie das ausschließliche Schielen auf höhere Lohnprozentpunkte. Der neu entstandene „Arbeiterbürger“, schimpfte er 1956, sei noch schlimmer als die „übelste Sorte des Kleinbürgers“.<sup>163</sup> Doch statt den Arbeitern „das Erbärmliche“ ihrer „Lage bewußt zu machen“, rede die von Hanke gestaltete Arpo denjenigen nach dem Maul, die den „Partei- und Gewerkschaftsbonzen“ vorwarfen, nicht genug für sie herauszuholen.<sup>164</sup>

Gleichwohl verfügte auch Brandler über kein Patentrezept. Als er sich 1960 zur Wiederaufnahme der politischen Arbeit entschloß und an den von der Bremer Arpo-Gruppe herausgegebenen Informationsbriefen mitarbeitete<sup>165</sup>, argumentierte er zwar zu Recht mit Marx, wonach das Proletariat selbst „seine eigene Lebenslage“ und mögliche Aktionen definieren müsse.<sup>166</sup> Gleichwohl müsse eine Arbeiterelite das Proletariat zum Kommunismus führen: „Auch im Wirtschaftswunder der Vollbeschäftigung leben das Proletariat und die Angestellten [...] allein vom Verkauf ihrer Arbeitskraft [...]. Wenn der Kapitalist keine profitable Verwendung für sie hat, kann er sie zu keinem Preis kaufen, weil er sonst bank-

158 H. Brandler an M. Boserup, 16.7.1956, in: ebd., S. 240.

159 H. Brandler an I. Deutscher, 3.3.1958, in: ebd., S. 174.

160 A. Thalheimer an H. Brandler, 26.7.1948, in: Ostblock-Westblock (Anm. 131), S. 354.

161 H. Brandler an I. Deutscher, 31.8.1957, in: Weber, Unabhängige Kommunisten (Anm. 6), S. 167.

162 H. Brandler an N.N., 10.6.1946; H. Brandler an M. Boserup, 22.10.1952, in: ABA, Arkiv 147, Kass. 4 (NL Boserup).

163 H. Brandler an M. Boserup, 16.7.1956, in: Weber, Unabhängige Kommunisten (Anm. 6), S. 237.

164 Ebd., S. 239.

165 Tjaden (Anm. 2), S. 350.

166 Zit. n. Brandler, H.: Brief an unsere Freunde, in: Briefe an unsere Leser. Informationen der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik. Januar 1960 - November 1962, Reprint, o.O., S. 11.



rott macht. Alle Phrasen von Humanität, Freiheit und Menschenrecht ändern daran nichts. Es ist eure Aufgabe, den Massen zu helfen, dies zu begreifen. Dann werden sie aus Untertanen Kämpfer, die sich ihr Bürgerrecht der sozialistischen Gesellschaft erkämpfen können.“<sup>167</sup>

Daran hielt der alte Kämpfer bis zu seinem Ende fest. 1966 an Krebs erkrankt, machte er „eisern jeden Tag Gehversuche“ und nahm an der politischen Arbeit der Arpo teil. Nach energischen Beschwerden über die Zustände in einem privaten Pflegeheim im April 1967 wieder in seine Wohnung zurückgekehrt, beendete er hier am 26. September 1967 im stillen Kampf gegen die "unerbittlich zehrende Krankheit" sein ereignisreiches Leben.<sup>168</sup> Noch auf seinem Totenbett hatte er kurz zuvor Grundzüge eines Exposés für einen Arbeiterbildungskurs diktiert.<sup>169</sup>

---

167 Ebd.

168 Vgl. hierzu F. Ruhnau an W. Abendroth, 29.9.1967, in: ABA, Arkiv 144, Kass. 20; Sterbeurkunde des Standesamts Barmbek/Uhlenhorst, Nr. 3262, 27.9.1967.

169 „H. B./letztes Diktat“, o.O. o.D., in: ABA, Arkiv 144, Kass. 19 (NL Brandler).